

Generation Verantwortung

Zur Zukunft von
Familie und Beruf



Junge Union Deutschlands

Philipp Mißfelder (Hrsg.)
Generation Verantwortung

Philipp Mißfelder (Hrsg.)

Generation Verantwortung

Zur Zukunft von
Familie und Beruf

Generation Verantwortung
Zur Zukunft von Familie und Beruf

Philipp Mißfelder (Hrsg.)
für den Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands

Redaktion: Nicolas Wendler, Georg Milde, Thomas Dautzenberg,
Stefan Ewert, Christina Angelopoulos

Produktion: Junge Union Deutschlands
Umschlaggestaltung: Nicole Westrich
Satz und Layout: Nicole Westrich
Druck: Druckhaus Berlin-Mitte GmbH
Printed in Germany 2006

© 2006 Junge Union Deutschlands

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrags,
der Runkfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der fotomechani-
schen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

Inhalt

Generation Verantwortung <i>Philipp Mijsfelder</i>	Seite 8
„Zukunft für die Familie – Zukunft durch die Familie“ <i>Dr. Marcus Ostermann</i>	Seite 14
Kinderlachen ist Zukunftsmusik – eine nachhaltige Familienpolitik für die Welt von übermorgen <i>Thomas Grädler</i>	Seite 22
Familienfreundlichkeit in Unternehmen ist kein Selbstzweck <i>Marcus Schmitz</i>	Seite 28
Historische Perspektiven aktueller Familienprobleme <i>Prof. Dr. Michael Mitterauer</i>	Seite 36
Wir brauchen Familien-Mainstreaming statt Gender-Mainstreaming – Moderne Familienpolitik im 21. Jahrhundert <i>Mario Voigt</i>	Seite 42

Das Familienbild der Unionsparteien <i>Dr. Nadine Pallas</i>	Seite 52
Transformation der Arbeitswelt und neue Wohlfahrtspolitik <i>Prof. Dr. Rolf G. Heinze</i>	Seite 58
Die Zukunft der Arbeitswelt – Erwartungen einer ungeduldigen Generation <i>Dr. Marc Tenbücken</i>	Seite 66
Gerechter Welthandel als ethische und politische Herausforderung <i>Dr. Dr. habil. Johannes Wallacher</i>	Seite 72
Zukunft der Arbeit: Wie Europa Motor sein kann <i>Sebastian Warken</i>	Seite 80

Generation Verantwortung

In der jungen Generation in Deutschland und darüber hinaus hat sich in den letzten Jahren trotz eines Sockels von immer noch erheblichem allgemeinem Wohlstand und des Fehlens einer gravierenden Bedrohung des eigenen Friedens – unabhängig von den Schatten des islamistischen Terrorismus – zunehmend ein Gefühl existenzieller Unsicherheit ausgebreitet. Diese Unsicherheit – im Unterschied zur eher bedingungslosen, reflexionsfreien so genannten „deutschen Angst“ der achtziger Jahre – wird gespeist von den Umbrüchen im Erwerbsleben und der Auflösung gesellschaftlicher Bindungen. Die immer rascheren Veränderungen der Strukturen und Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens verunsichern junge Menschen: Zum einen indirekt, durch die Auflösung von sozialen Milieus, individuellen sozialen Identitäten und die mediale Wahrnehmung eines weit verbreiteten ökonomischen Niedergangs. Zum anderen direkt durch eine im Vergleich zu früheren Jahrzehnten erhebliche Erschwernis des Berufseinstiegs und eine Verengung von Karriere- und Einkommensperspektiven auch bei Tätigkeiten hoher Qualifikation. Zugleich führen mobile und differenzierte Ausbildungs- und Berufswege, gelockerte familiäre Strukturen sowie geschwächte gesellschaftliche Institutionen in Verbindung mit dem eigenen Wunsch nach Unabhängigkeit und biographischer Unverbindlichkeit dazu, dass Instabilität im beruflichen Bereich immer weniger von familiären und gesellschaftlichen Netzen kompensiert werden kann. Die inneren und äußeren Kräfte wirken in der Lebenswelt junger Menschen also in die Richtung von Flüchtigkeit, Austauschbarkeit und Auflösung. Wurde diese Entwicklung anfangs noch als Erweiterung der eigenen Möglichkeiten bejaht und forciert, so zeigt sich inzwischen, dass das Ideal der Flexibilität nicht dauerhaft lebbar ist. Es steht wichtigen Lebenszielen und Lebenswünschen im Weg, dem Erlangen materieller Sicherheit und vor allem dem Leben in einer eigenen Familie, das doch auf Bindung, Verlässlichkeit und Dauer gründet. Dieser Widerspruch mündet in der Wahrnehmung fehlender Perspektiven und existenzieller Unsicherheit. Er wird besonders schmerzlich erfahren von einer Generation, die in

ihrem Selbstbild stärker an Werten und Bindungen orientiert ist als ihre Vorgänger, die noch an die Verheißung individueller Selbstverwirklichung durch die Emanzipation von überkommenen Werten, Traditionen, Strukturen oder von Sicherheits- und Karrieredenken glauben konnten oder wollten. Für die junge Generation von heute, die Verantwortung übernehmen will, stellt sich somit die Frage, wie dies unter den gegebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umständen noch langfristig und sinngebend möglich ist.

Die Junge Union Deutschlands versucht, sich diesem unsicheren, fragenden Lebensgefühl der jungen Generation auf dem Deutschlandtag und mit dem Leitantrag „Verantwortung übernehmen. Die Zukunft von Familie und Arbeit“ in den beiden zentralen Bereichen zu stellen, die für junge Menschen im Übergang von der Herkunftsfamilie zur Familiengründung und von der Ausbildung in die Berufslaufbahn von großer Bedeutung sind – der Familie und der Berufswelt. Für einen politischen Verband stehen dabei naturgemäß nicht die individuellen Entscheidungen, Beweg- und Hinderungsgründe im Mittelpunkt des Interesses, sondern die Gegebenheiten von allgemeiner Bedeutung, die die Bedingungen für Familiengründung und Familienleben, für Berufseinstieg und Karriere bilden. Es rücken also einerseits das gesellschaftliche Leitbild im Zusammenhang mit der Familie, das Bildungs- und Betreuungssystem, die Familienfreundlichkeit der großen Transfersysteme und der Unternehmenslandschaft nach vorne, andererseits die Strukturen des Arbeitsmarktes, die Probleme des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf, der wirtschaftliche Strukturwandel auf Mikro- und Makroebene, die nationale und europäische Wirtschafts- und Innovationspolitik sowie die Globalisierung.

Bei der großen Vielfalt dieser Einflussfaktoren allgemeiner Bedeutung für die Lebensplanung junger Menschen gilt es zu berücksichtigen, dass der mit politischer Beschäftigung verbundene Gestaltungsanspruch seine Grenzen kennen und den Einsatz seiner Möglichkeiten sorgfältig abwägen muss. Dies betrifft zum einen die Bedingungen des Erwerbslebens, dessen bestimmende Triebkräfte des Strukturwandels und der Globalisierung zwar keine Naturkräfte – also durchaus beeinfluss- und

gestaltbar – sind, die andererseits als Ergebnis zahlloser individueller Entscheidungen sowie des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts auch nicht beliebig beherrsch- und formbar sind. Es betrifft zugleich die als unmittelbarer empfundene Familienpolitik, die sich ebenso individuellen, je eigener Rationalität gehorchenden Entscheidungen gegenüber sieht, die ihrerseits von Veränderungen der Wertsysteme und Wahrnehmungen der Einzelnen beeinflusst werden. Ihnen gegenüber ist der Einfluss politischer Vorgaben und Leitbilder mit Vorsicht zu bewerten. Für die politische Gestaltung und den ökonomischen, effizienten Einsatz ihrer Mittel erscheint es der Jungen Union daher sinnvoll, weniger direkt das Ziel eines Wirtschaftssystems der Sicherheiten oder eine höhere Geburtenrate anzustreben, sondern sich darauf zu konzentrieren, stetig auf mehr Verlässlichkeit und Sicherheit im globalen Wirtschaftssystem hinzuwirken, beziehungsweise neben der ökonomischen Unsicherheit zumindest die konkreten Probleme, die die Familiengründung behindern, zu lösen oder zu mildern, so dass einer Besserung des demographischen Trends zumindest keine politisch relevanten Hürden mehr im Weg stehen.

In welchen Feldern und mit welchen Mitteln diese politische Gestaltungsarbeit vielleicht zu leisten ist, darüber geben neben dem Leitantrag die in diesem Begleitbuch versammelten Beiträge vertieft Einblick und Anregung.

Den Auftakt zur Begleitpublikation zum Deutschlandtag, die – wie der Leitantrag – der Einteilung in die beiden großen Themenbereiche Familie und Arbeitswelt folgt, bildet der Beitrag des Bundesgeschäftsführers des Deutschen Familienverbandes, Dr. Marcus Ostermann, der in den Abschnitt zur Familie einführt. Ausgehend von der grundlegenden Feststellung, dass die Familie den Kern einer zukunftsgestaltenden Gesellschaft bildet, werden die wesentlichen Prinzipien einer Politik zugunsten von Familien dargelegt und ihre politischen Implikationen benannt.

Der Beitrag von Thomas Grädler, Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union, widmet sich heutigen Einflussfaktoren und möglichen Hinderungsgründen einer Familiengründung und entwickelt daraus

– auch im europäischen Vergleich – ein Spektrum politischer Maßnahmen materieller und ideeller Art, mit denen ermutigend und fördernd in Richtung der Familiengründung gewirkt werden könnte.

Der Unternehmensberater Marcus Schmitz arbeitet in seinem Text die unterschiedliche innere Logik und die Zwänge heraus, denen zum einen die Welt der Unternehmen im globalen Wettbewerb und zum anderen die Familien in ihrem Bestand unterworfen sind. Im Anschluss werden Handlungserfordernisse für Unternehmen und Optionen für Familien aufgezeigt, die Lösungen für die Vereinbarung von familiären und beruflichen Anforderungen bieten können. Zudem richtet er Empfehlungen an die Politik, entsprechende Entwicklungsprozesse zu unterstützen.

Der Beitrag von Prof. Dr. Michael Mitterauer, Emeritus des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, verleiht den Erörterungen im Rahmen der vorliegenden Publikation eine historische Tiefe, die helfen kann, voreilige Schlüsse und unangemessene politische Reaktionen zu erkennen und zu vermeiden, nicht ohne dabei selbst von einem auf die Gegenwart gerichteten politischen Bewusstsein zu zeugen.

Der Landesvorsitzende der Jungen Union Thüringen, Mario Voigt, hält mit seinem Aufsatz ein Plädoyer für Familienpolitik und Familienförderung als allgemeiner, übergreifender politischer und gesellschaftlicher Aufgabe, das mit konkreten Beispielen und Vorschlägen angereichert ist. Im Sinne eines Familien-„Mainstreaming“ sollten politische Entscheidungen, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und gesetzliche Normierungen auf Familientauglichkeit geprüft werden.

Der Beitrag der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Dr. Nadine Pallas, beschließt den Abschnitt zur Familie mit einer Betrachtung zum Familienbild der Union in seinen wertengebundenen Grundlagen, seinem spezifischen Charakter im parteipolitischen Umfeld und seiner Aktualität auch im gesellschaftlichen Wandel. Daraus werden die Leitvorstellungen einer modernen Familienpolitik der Unionsparteien abgeleitet, die sich selbst und ihren Grundsätzen treu bleibt.

Den Einstieg in den Themenkreis Arbeitswelt macht der Beitrag von Prof. Dr. Rolf G. Heinze vom Lehrstuhl für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie der Ruhr-Universität Bochum. Darin wird der grundlegende Transformationsprozess beschrieben, in dem sich die globale und speziell auch die bundesrepublikanische Wirtschaftsordnung befinden. Unter Zugrundelegung bestimmter Präferenzannahmen schlägt der Autor politische Optionen für die Begleitung und Unterstützung einer positiven Arbeitsmarktentwicklung vor.

Der Aufsatz von Dr. Marc Tenbücken, Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union, richtet den Blick aus der individuellen Perspektive auf die gleichen Strukturveränderungen und wendet bei den Lösungsansätzen zum Arbeitsmarkt die Aufmerksamkeit auf die einzelnen Akteure, Beschäftigte und Unternehmen.

Im Beitrag von Dr. Dr. habil. Johannes Wallacher von der Hochschule für Philosophie in München wird die Perspektive auf die globalen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns erweitert und die Notwendigkeit ihrer Beeinflussung im Sinne universeller ethischer Zielbestimmungen dargelegt.

Sebastian Warken, Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union, schließlich betrachtet Rolle und Funktion der Europäischen Union für die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Europas und für dessen Bürger und Unternehmer. Dabei tritt vor allem der Zusammenklang dynamisierender, öffnender Wirkung nach innen und gestaltender Wirkungskraft nach außen hervor, die mit der Europäischen Union möglich werden.

Deutlich wird durch alle Beiträge, dass die fortdauernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse Fragestellungen und auch Probleme hervorbringen, die die Lebenswirklichkeit der Einzelnen in ihrer Mehrzahl tatsächlich und unmittelbar betreffen. Junge Menschen am Beginn ihres selbstständigen Lebensweges sind dabei in einer verwundbareren Lage und den veränderten sowie sich weiter verändernden Bedingungen stärker ausgesetzt als Menschen mittleren oder höhe-

ren Lebensalters. Die im Folgenden benannten Problemlagen von allgemeiner gesellschaftlicher Relevanz aufzugreifen und unterstützend im Sinne der vitalen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu wirken, bleibt die wichtigste Aufgabe der Politik und in einem demokratischen Gemeinwesen auch die vornehmste.

Philipp Mißfelder ist Bundesvorsitzender der Jungen Union, studiert Geschichte in Berlin und ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Zukunft für die Familie – Zukunft durch die Familie

Familie ist Zukunft. Das gilt nicht nur für die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme, die als Umlagesystem auf die nächste Generation und damit auf die Erziehungsleistung der Eltern bauen. Es gilt auch für die Lebens- und Zukunftsplanung des Einzelnen: Gerade unter jungen Menschen erleben Familienwerte zur Zeit eine Renaissance, und der Wunsch nach einer glücklichen und stabilen Partnerschaft und nach Kindern hat mindestens den gleichen Stellenwert wie ein guter Beruf.

Nicht nur demographisch hängt die Zukunft unserer Gesellschaft von den Familien ab. Eine solidarische Gesellschaft und eine freiheitliche Demokratie brauchen ein Gerüst gemeinsamer Überzeugungen, Werte und Normen, ein gemeinsames Verständnis von Pflichten und Rechten. Dafür gibt es keinen besseren Lernort als die Familie.

Welche Zukunft die Familie und mit ihr die solidarische Gesellschaft und der Sozialstaat haben werden, hängt allerdings davon ab, ob es der Politik gelingt, Menschen ein Leben mit Kindern zu ermöglichen, ohne dass sie dafür finanziell und gesellschaftlich benachteiligt werden und auf wichtige Lebensoptionen verzichten müssen, die Menschen ohne Kinder offen stehen.

Das Bekenntnis zur Familie als Lebensmodell der Zukunft ist deshalb alles andere als altmodisch. Im Gegenteil: Es trifft den Kernbestandteil einer zukunftsgestaltenden Gesellschaftspolitik. Eine solche Politik braucht klare Leitplanken und den Mut, bewährte Prinzipien auch gegen Widerstände zu verteidigen, um die Bedürfnisse und die Lebenswirklichkeit der Familien nicht aus dem Blick zu verlieren.

Diese Leitplanken einer zukunftsfähigen Familienpolitik sind:

- das Bekenntnis zur Familie als verbindliche Verantwortungs- und

Lebensgemeinschaft

- das Prinzip der Subsidiarität als Erstverantwortung der Familie und Mitverantwortung des Staates
- das Gebot der Wahlfreiheit als Gestaltungsprinzip bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- die Ausgewogenheit zwischen finanzieller und infrastruktureller Familienförderung und die Erkenntnis, dass Familienpolitik nicht zum Nulltarif zu machen ist.

1. Familie ist lebenslange Verbindlichkeit

Eine moderne Politik für Familien darf vor gesellschaftlichen Entwicklungen nicht die Augen verschließen und ist gefordert, Kinder, die außerhalb der „klassischen“ Familie mit alleinerziehenden Eltern und in Patchworkfamilien leben, vor Benachteiligung und Diskriminierung zu schützen. Zu Recht wurde deshalb 1998 unter Regierungsverantwortung der Union in der Kindschaftsrechtsreform die gleichwertige Stellung nichtehelicher Kinder gesetzlich verankert. Über dieser Neuorientierung darf aber nicht das Familienmodell vernachlässigt werden, das noch immer die Lebensform für die große Mehrheit der Kinder ist: Nach wie vor wachsen 80 Prozent der Kinder mit ihren verheirateten Eltern auf. Familie setzt lebenslange gegenseitige Verantwortung und Verbindlichkeit voraus. Lebenslange Bindung kann es auch ohne Trauschein geben, und nicht alle Familien mit Trauschein können diesen Anspruch im Alltag leben. Aber die rechtliche Verbindlichkeit der ehelichen Familie, aus der nicht nur zwischen Kindern und Eltern, sondern auch zwischen den Ehepartnern grundsätzlich lebenslange Rechte und Pflichten entstehen, bringt dafür noch immer die besten Voraussetzungen mit – auch für die Kinder.

2. Subsidiarität: Erstverantwortung der Familie – Mitverantwortung des Staates

Das Grundgesetz sichert der Familie in Artikel 6 sowohl Schutz vor staatlichem Zugriff als auch aktive Förderung zu und erkennt die Erstverantwortung der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder an. Das diesen

Maßstäben gemäß Bauprinzip der Familienpolitik ist die Subsidiarität als Vorrang für Eigenverantwortung und Eigenleistung der kleinen Einheiten, das sicher stellt, dass Aufgaben dort übernommen werden, wo sie am effizientesten – und am menschlichsten – geleistet werden. Das Subsidiaritätsprinzip hat auch im 21. Jahrhundert nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil: Es gibt der Forderung nach mehr Eigenverantwortung erst die gesellschaftspolitische und ethische Grundierung.

Auf die Familienpolitik angewandt sind Staat und Gesellschaft deshalb zunächst einmal gefordert, alles zu unterlassen, was die eigene Kraft der Familie schwächt. Zugleich entlässt das Prinzip der Subsidiarität die Gesellschaft nicht in die Verantwortungslosigkeit. Die kleinste Gemeinschaft Familie hat den Anspruch an die jeweils größeren Gemeinschaften auf Unterstützung, Hilfe zur Selbsthilfe und einen Ausgleich für die von ihnen erbrachten Leistungen.

In konkrete Politik umgesetzt erfordert dies zunächst einmal das klare Bekenntnis zu einer verfassungsgemäßen und familiengerechten Besteuerung. Denn ein Staat, der auf die Eigenverantwortung seiner Bürger setzt, darf ihnen nicht mit der Steuerschraube das Geld wegnehmen, das sie für sich und ihre Familie zum Leben brauchen. Die von der Union im letzten Bundestagswahlkampf geforderte Erhöhung des steuerlichen Freibetrages für Erwachsene und Kinder auf 8.000 Euro pro Jahr hätte diesen Vorgaben entsprochen und muss dringend weiter verfolgt werden. Die Erhöhung des Freibetrages muss mit einer entsprechenden Erhöhung des Kindergeldes einhergehen, um den Familienleistungsausgleich für alle Familien zu verbessern. Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der Mehrwertsteuer und den weiteren Verbrauchsteuern, die bislang familienblind auch auf das Existenzminimum der Kinder erhoben werden.

In gleicher Weise ist Familiengerechtigkeit in den Systemen der sozialen Sicherung gefordert, die bislang die Leistungen der Familie nutzen, die Erbringer dieser Leistungen aber schwächen. Das gilt vor allem für die Rentenversicherung, die die Erziehung von Kindern bei den Beiträgen

überhaupt nicht und bei der Rentenhöhe nur marginal berücksichtigt. Auch hier hat die Union mit einem Beitragsbonus in der Rente und einer Verlängerung der rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten erste Schritte vorgeschlagen, die in die richtige Richtung gehen.

3. Wahlfreiheit als Gebot bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familienpolitik muss Familien Wahlfreiheit geben: Eltern müssen frei entscheiden können, wie sie die Betreuung ihrer Kinder und die Balance zwischen Familien- und Erwerbsleben miteinander gestalten und teilen wollen. Der Staat darf sich in diese Entscheidung nicht einmischen. Nur das entspricht auch den Vorgaben aus dem Kinderbetreuungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. November 1998, die Staat und Gesellschaft verpflichten, die Kinderbetreuung in der jeweils von den Eltern gewählten Form in ihren tatsächlichen Voraussetzungen zu ermöglichen und zu fördern.

Das Prinzip der Wahlfreiheit war über viele Jahre ein prägendes programmatisches – wenn auch leider nicht immer konsequent in die praktische Politik umgesetztes – Gestaltungsprinzip christdemokratischer Familienpolitik. Ein wichtiger Meilenstein war dabei 1986 die Einführung der Trias aus Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und rentenrechtlichen Erziehungszeiten durch die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Zur Zeit besteht jedoch die Gefahr, dass die politische Diskussion in das Fahrwasser einer einseitig erwerbsorientierten Familienpolitik gerät, die sich stärker an den Interessen der Wirtschaft ausrichtet als an den Bedürfnissen von Kindern und Eltern.

Wahlfreiheit funktioniert nicht ohne bessere Betreuungsangebote für Kinder, die Eltern zeitlichen Spielraum geben und ihnen die Vereinbarung von Familie und Beruf erleichtern. Vor allem der Kindergartenplatz ist zudem nicht nur ein Betreuungsangebot, sondern ein wichtiges vorschulisches Bildungsangebot für Kinder. Es ist deshalb völlig unverständlich, warum Eltern noch immer für den Kindergarten zu Gebühren herangezogen werden, während die Schule kostenfrei ist. Aber Betreuungsangebote dürfen nicht dazu missbraucht werden, familienfeindliche

Arbeitszeiten zu flankieren. Eltern brauchen Zeit, um ihre Kinder zu neugierigen, bindungsfähigen und bildungsbereiten Menschen zu erziehen, ohne dass sie der Arbeitsmarkt dafür lebenslang bestraft.

Die Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft können nicht weggeredet werden. Aber zwischen den Bedürfnissen der Familie auf Zeit und Zuverlässigkeit und den Flexibilisierungs- und Mobilitätsinteressen der Wirtschaft können sich – bei allen Chancen gemeinsamer Initiativen – zwangsläufig Interessenkonflikte ergeben. Eine gestaltende Familienpolitik braucht deshalb auch den Mut, Ziele der Wirtschaftspolitik nicht fraglos hinzunehmen, sondern zu prüfen, was sie für ein Leben mit Kindern bedeuten und im Konfliktfall Partei für die Familien zu ergreifen. Kosten und Nutzen von Maßnahmen, die Menschen Zeit für Kinder geben und Mut zu Kindern machen, lassen sich nur ermitteln, wenn über die betriebswirtschaftliche Ebene hinaus auch die volkswirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Ebene in den Blick genommen wird. Nicht alles, was familiengerecht ist, wird sich im laufenden Haushaltsjahr betriebswirtschaftlich auszahlen. Mittel- und langfristig wird der Verzicht auf familienorientierte Maßnahmen auch die Unternehmen und die gesamte Volkswirtschaft allerdings wesentlich teurer zu stehen kommen.

Die Diskussion um die Einführung des neuen Elterngeldes hat gezeigt, dass Politik kaum noch den Mut aufbringt, sich gegenüber der Wirtschaft für eine mehr als einjährige Erwerbsunterbrechung der Kindererziehung einzusetzen. Damit gerät zugleich die dreijährige Elternzeit, 1986 als Erziehungsurlaub eine der großen familienpolitischen Errungenschaften der Union, in Gefahr, weil ihr nach dem ersten Jahr jede finanzielle Flankierung fehlt. Deshalb braucht das Elterngeld dringend eine Ergänzung, wenn es nach einem Jahr ausläuft. Es ist schlicht nicht mit dem Prinzip der Wahlfreiheit und der Subsidiarität zu vereinbaren, wenn ein Krippenplatz für ein zweijähriges Kind mit durchschnittlich 700 Euro im Monat gefördert wird, während Eltern, die ihr Kind selbst betreuen und dafür auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, keinen Cent erhalten. Dem Gebot der Wahlfreiheit und dem Subsidiaritätsprinzip entspricht deshalb in den ersten Lebensjahren des Kindes eine betreu-

ungsformunabhängige Förderung, die direkt bei den Eltern ankommt. Parteinahme zugunsten von Familieninteressen ist auch dort erforderlich, wo junge Frauen und Männer die Unvereinbarkeit von familiären Bedürfnissen und beruflichen Realitäten besonders spüren: in der Phase der beruflichen Etablierung nach der Ausbildung, die zugleich auch die Phase der Familiengründung ist. Zu Recht entwickelt der Leit Antrag der Jungen Union Überlegungen, die wie auch der Siebte Familienbericht darauf abzielen, den engen Zeitrahmen von Berufseinstieg und Familiengründung durch kürzere Ausbildungszeiten zu entzerren. Dabei muss allerdings auch in den Blick kommen, dass der gegenwärtige Trend zur Befristung von Arbeitsverträgen oder die geplante Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre zwar mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt bringen, aber gleichzeitig dem Ziel zuwider laufen, Menschen früher Mut zu Kindern zu machen: Denn wer nach seiner Ausbildung jahrelang ohne berufliche und finanzielle Sicherheit ist, wer Praktika und befristete Stellen aneinander reihen muss, der wird auch nicht das Zukunftsvertrauen haben, eine Familie zu gründen und lebenslange Verantwortung für Kinder zu übernehmen.

4. Familienpolitik gibt es nicht zum Nulltarif

Der Ausbau von Betreuungsangeboten und die Schaffung einer familiengerechten Arbeitswelt sind unverzichtbare familienpolitische Maßnahmen. Aber sie sind kein Ersatz für eine bessere finanzielle Familienförderung und für eine familiengerechte Steuer- und Abgabepolitik. Familien brauchen eine Familienpolitik auf zwei Beinen, die gleichgewichtig auf der infrastrukturellen wie auf der finanziellen Unterstützung von Familien basiert.

Die zur Zeit in der politischen Diskussion gehandelten Milliardenbeträge an Familienförderung verschleiern, wie groß der Bedarf an finanzieller Förderung nach wie vor ist, weil sie die Summe durch eine Vielzahl von Maßnahmen aufblähen, die nicht im engeren Sinne zur Familienförderung gehören. Das gilt insbesondere für die Einrechnung der Bildungsausgaben, die gesellschaftspolitisch notwendige Investitionen aus eigenem Recht sind. Die finanzielle Realität der Familien sieht anders

aus: Nach wie vor sind Familien gegenüber Menschen ohne Kinder massiv benachteiligt. Und die finanzielle Belastung von Familien wird sich in den kommenden Jahren verschlimmern, denn die Erhöhung der Mehrwertsteuer, steigende Beitragssätze und Gebühren treffen Menschen besonders hart, die für Kinder sorgen müssen.

Eine familienfreundliche Gesellschaft lässt sich mit Geld allein nicht kaufen. Aber wer über Familie redet, darf über Geld nicht schweigen. Das Statistische Bundesamt hat bereits für das Jahr 2002 Ausgaben für ein Kind in Höhe von 670 Euro monatlich ermittelt – dabei sind die Kosten für den Verzicht auf Erwerbseinkommen und Rentenansprüche noch gar nicht eingerechnet. Es ist nicht zuletzt die Angst vor finanzieller Benachteiligung, niedrigerem Pro-Kopf-Einkommen und unzureichenden Rentenansprüchen, die Menschen davon abhält, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen.

Diese Benachteiligung nimmt mit jedem Kind zu, und sie trifft deshalb in besonderem Maße die Familien mit mehreren Kindern, die immer weiter aufs Abstellgleis der Gesellschaft geraten. Dass in Deutschland, dem Land mit den wenigsten kinderreichen Familien, nur noch 1,3 Kinder pro Frau geboren werden, ist demographisch vor allem die Folge der sinkenden Zahl von Familien mit drei und mehr Kindern. Das Beispiel der französischen Familienpolitik zeigt, dass eine gezielte finanzielle Entlastung von Mehrkinderfamilien zum Beispiel über ein Familiensplitting Erfolg hat. Es ist an der Zeit, auch in Deutschland eine Politik zu gestalten, die Familien mit mehreren Kindern nicht nur als Ausnahme von der Regel betrachtet.

Eine Familienpolitik, die gleichgewichtig die Infrastruktur für Familien ausbaut und die finanzielle Benachteiligung von Familien überwindet, kann es nicht zum Nulltarif geben, und es darf sie nicht schuldenfinanziert auf Kosten der nächsten Generation geben. Deshalb muss das Bekenntnis zu einer besseren Familienpolitik mit der Bereitschaft einhergehen, dafür andere staatliche Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Aufwendungen für Familien sind keine Konsumausgaben, sondern Investitionen. Sie kommen der Zukunft des Landes zu Gute. Eine ehr-

liche Kosten-Nutzen-Abwägung darf deshalb nicht nur danach fragen, was es kostet, eine bessere Politik für Familien zu finanzieren. Sie muss auch fragen, was es kostet, sie nicht zu finanzieren.

Dr. Marcus Ostermann ist Bundesgeschäftsführer des Deutschen Familienverbandes.

Kinderlachen ist Zukunftsmusik – eine nachhaltige Familiepoltik für die Welt von übermorgen

Situationsbeschreibung

Die Zahl ist erschreckend: Gerade einmal 686.000 Kinder wurden nach Angabe des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2005 geboren. Damit befindet sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder auf dem niedrigsten Stand seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Der sinkende Geburtenstand ist nicht nur ein eindeutiger Beleg für den demographischen Wandel, sondern zugleich auch ein ernst zu nehmendes Warnsignal für unsere Gesellschaft. Es wird allgemein angenommen, dass alternde Gesellschaften in der Regel weniger dynamisch sind und damit auch wachstumsschwächer als vergleichbare Länder mit höheren Geburtenzahlen. In jedem Fall bedeuten mehr Kinder ein höheres Wachstumspotenzial und damit langfristig auch höheren gesellschaftlichen Wohlstand. Bereits dieser ökonomische Befund verdeutlicht die Wichtigkeit einer nachhaltigen Familienpolitik. In einem Staat, in dem die sozialen Sicherungssysteme derzeit noch allesamt auf ein System der Umlagefinanzierung ausgerichtet sind, zeigt der geringste Geburtenstand in der Nachkriegsgeschichte damit zugleich auch eindringlich die Notwendigkeit, kinder- und damit familienfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Familie als Fundament unserer Gesellschaft

Doch dieser Anlass allein greift zu kurz. Kinder sind mehr als Beitragszahler in einem System der Umlagefinanzierung. Ehe und Familie - und damit auch Kinder - stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Orientiert am Leitbild des christlichen Menschenbildes, manifestiert sich bereits basierend auf diesem Werteverständnis die hohe Stellung, welche die Väter des Grundgesetzes den Kindern in unserer Gesellschaft beigemessen haben. Kinder sind eine Bereicherung unseres

Lebens. Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Umso erschreckender ist es, erkennen zu müssen, dass immer weniger deutsche Erwachsene den Wunsch nach Kindern verspüren. Auch das Ansehen von kinderreichen Familien hat - ganz anders als noch vor 100 Jahren – rapide abgenommen. Dabei ist und bleibt die Familie das Fundament unserer Gesellschaft. Hier werden grundlegende Werte wie Nächstenliebe und die Übernahme von Verantwortung vermittelt. Sie ist auf Dauer angelegt und bildet damit das zentrale Lebensmodell in unserem Land. Die Familie ist unersetzbar.

Einflussfaktoren und Hinderungsgründe der Familiengründung

Woran aber liegt es, dass immer weniger Familiengründungen zu Stande kommen oder Ehen nicht selten kinderlos bleiben? Der zunehmende Wunsch potenzieller Eltern nach Selbstverwirklichung im Beruf steht dabei genauso im Fokus wie monetäre Aspekte oder der verunsicherte Blick vieler Menschen in die Zukunft. Erhöhte Anforderungen an Mobilität und Flexibilität der jungen Berufseinsteiger erschweren gerade in jungen Jahren am Ende einer oftmals viel zu langen Ausbildungsdauer die Entscheidung für den Kinderwunsch. Danach aber rennt den jungen Erwachsenen die Zeit förmlich weg. Im Alter zwischen 25 und 35 trifft sie jene Phase, die Soziologen als die „Rushhour des Lebens“ beschreiben. Der Zeitdruck, den Frau und Mann in dieser Spanne erleben, erscheint in Deutschland wesentlich größer als in anderen Ländern. In dieser kurzen Zeitspanne müssen Entscheidungen getroffen und realisiert werden, die mehr oder minder das ganze Leben bestimmen.

Die Familiengründung wird, sofern überhaupt noch geplant, häufig immer weiter nach hinten geschoben, bis irgendwann die Gesetze der Biologie den Paaren die Entscheidung abnehmen.

Der niedrige Geburtenstand ist damit letztlich auf zwei Komponenten zurückzuführen:

Immer mehr kinderlose Eltern und immer weniger Mehrkinderfamilien. So hat in Deutschland nur jede zehnte Familie drei oder mehr Kinder, in Finnland gibt es doppelt so viele Großfamilien.

Von anderen lernen? Die Erfahrungen im Ausland

Man muss das Rad nicht immer neu erfinden. Auch wenn vereinzelt eine Vergleichbarkeit mit anderen Ländern und eine Übertragbarkeit der dort vertretenen Modelle bezweifelt wird, lohnt ein Blick über die Grenzen: So gibt es in vielen sozial und kulturell vergleichbaren europäischen Ländern deutlich mehr Kinder als in Deutschland. Insbesondere skandinavische Länder, aber auch unsere Nachbarn Frankreich und die Niederlande, erreichen durch eine konsequente familienfreundliche Politik konstant höhere Geburtenzahlen. Während in Deutschland im Schnitt jede Frau nur noch 1,3 Kinder bekommt, liegt diese Zahl in Schweden und den Niederlanden bei 1,7, in Frankreich bei 1,9 und in Island sogar bei 2,0. Obwohl die Bundesrepublik bei den Ausgaben der Familienförderung mit mehr als 150 Milliarden Euro auf einem der vorderen Plätze unter den OECD-Ländern liegt, scheint die Effizienz vielerorts deutlich höher zu sein als in Deutschland. Aber woran liegt das?

Eine Ursache für diesen Befund mag darin zu sehen sein, dass hierzulande weniger in wichtige Rahmenbedingungen wie beispielsweise Kinderbetreuung investiert wird. So zeigen Studien über Fertilität in Schweden und Frankreich, dass Maßnahmen, die Eltern in der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie unterstützen oder bessere Dienstleistungen für Familien zur Folge haben, eine größere Wirkung haben, als allein auf Kinder bezogene finanzielle Leistungen. In Deutschland aber verspricht man sich stattdessen nicht selten höhere Erfolgchancen durch überwiegend direkte monetäre Anreize, wie beispielsweise das Kindergeld. So wird zwar die Kindererziehung durch Geldtransfers honoriert, oftmals fehlt es aber schlichtweg an den notwendigen Rahmenbedingungen wie einer entsprechenden Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Letzten Endes wird dadurch viel Geld eingesetzt, aber wenig erreicht.

Möglichkeiten der Familienförderung durch politische Maßnahmen

Nicht selten mutet es an, als hätten Kinder in den Augen der Mitglieder unserer Gesellschaft nicht mehr den gleichen Stellenwert wie früher.

In den Köpfen vieler Menschen stehen Kinder in erster Linie für Unannehmlichkeiten. Das Unwort vom Kinderlärm macht das deutlich. Doch in Wahrheit ist dieser Zukunftsmusik. Einen solchen Mentalitätswandel seitens der Politik durch konkrete Maßnahmen über Nacht unmittelbar herbeizuführen jedoch ist unerfüllbar. Leider. Durch das Schaffen familienfreundlicher Rahmenbedingungen jedoch kann es mit politischen Maßnahmen gelingen, eine größere Anerkennung der Erziehungsleistung von Eltern im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu fördern und so die Bereicherung von Kindern für unser tägliches Leben herauszustellen. Dazu ist es aber notwendig, sich auf die von staatlicher Seite beeinflussbaren Aspekte zu konzentrieren. Im Fokus der Diskussionen stehen dabei oft die monetären Handlungsspielräume.

Schon seit jeher versuchte deutsche Familienpolitik in besonderem Maße, durch finanzielle Unterstützung der Familien mehr „Einkommensgerechtigkeit“ zwischen Familien mit Kindern und Personen ohne Kinder zu schaffen. Die Grundidee, dass sich Familien dadurch mehr Kinder „leisten“ können, scheint jedoch in dieser Form widerlegt zu sein. Es sind weniger die höheren Ausgaben der Kindererziehung, welche potenzielle Eltern von der Verwirklichung ihres Kinderwunsches abhalten, als vielmehr die entgangenen Einkommensverluste durch die Aufgabe des Arbeitsplatzes und den erschwerten, falls überhaupt möglichen Wiedereintritt in den Beruf. So erleiden Familien mit Kindern durch die fehlende Erwerbstätigkeit eines Elternteils noch immer gravierende Einkommenseinbußen. Aus diesem Grunde ist die Einführung des Elterngeldes, orientiert an der Höhe des vor der Geburt gezahlten Nettogehalts zu begrüßen.

Doch nach wie gilt es, den Befürchtungen eines erheblichen Einkommensverlustes den Nährboden zu entziehen. Die viel diskutierte Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt dafür den entscheidenden Schlüssel dar. Die wesentlichen Säulen einer besseren Vereinbarkeit sind seit langem bekannt: Eine optimierte Kinderbetreuung wird genauso grundlegend zu einer Verbesserung der Integration von Familien- und Erwerbsarbeit beitragen wie die Möglichkeit für Eltern, ihre Arbeitszeit in gewissen Grenzen möglichst flexibel gestalten zu können.

Dabei steht in Deutschland nur für neun Prozent der unter Dreijährigen eine öffentliche Tagesbetreuung zur Verfügung. Eltern haben zwar einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dieser gilt jedoch erst für Kinder ab drei Jahren und in der Regel nur für vier Stunden täglich. Kein Wunder, dass viele Mütter notgedrungen ihre Erwerbstätigkeit aufgeben. Nur die Hälfte geht wieder arbeiten, bevor das Kind drei Jahre alt ist. Man mag das gut oder schlecht finden – aber in keinem Land Westeuropas, ausgenommen Irland, steigen so viele Frauen mit zwei oder mehr Kindern aus dem Erwerbsleben aus wie in Deutschland. Ausgerechnet jenes Land, in dem der Pädagoge Friedrich Fröbel vor rund 170 Jahren den Kindergarten erfand – eine Bezeichnung, die sich bis heute sogar in den Vereinigten Staaten von Amerika hält – bleibt damit mit Blick auf die Kinderbetreuung weit hinter den gesellschaftlichen Anforderungen zurück. Zusätzlich werden dadurch in etlichen Fällen die wertvollen Jahre, in denen die Kleinen am aufnahmefähigsten sind, nur unzureichend genutzt.

Doch auch flexiblere – und damit in erheblichem Maße familienfreundlichere – Arbeitszeitmodelle könnten wesentlich zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit beitragen. Durch die verstärkte Ermöglichung von Teilzeitarbeitsplätzen, Arbeitsplätzen mit flexibleren Arbeitszeiten und Heimarbeitsplätzen – ermöglicht durch moderne Kommunikationstechnologien – sähen sich so wesentlich weniger Eltern zur Alternativenentscheidung Familie oder Beruf gezwungen. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit darf aber nicht zu einem teuren Mehraufwand an Bürokratie führen und eine familienfreundliche Personalpolitik der Unternehmen muss belohnt und darf nicht bestraft werden.

Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt eine positive wirtschaftliche Perspektive die wichtigste Voraussetzung für ein familienfreundliches Klima dar. Wirtschaftliche Sicherheit, das Vorhandensein von Arbeitsplätzen und die Chancen auf neue Beschäftigung sind zentrale Voraussetzungen für die Familienplanung. Aus diesem Grund stellt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ebenso eine wichtige Säule einer nachhaltigen Familienpolitik dar, wie unmittelbar bevölkerungspolitische Maßnahmen.

Ein familienfreundliches Klima zu schaffen, stellt sich jedoch nicht nur als bundespolitisches Thema dar. Auch auf kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Möglichkeiten, den grundsätzlichen Kinderwunsch vieler Menschen durch eine entsprechend kinderfreundliche Ausrichtung zur Wirklichkeit werden zu lassen. Vergünstigungen für Familien bei öffentlichen Einrichtungen gehören ebenso zum denkbaren Spektrum wie ein symbolisches Begrüßungsgeld für neu geborene Gemeindeglieder, die das Licht der Welt in der Kommune erblicken.

Fazit

Eine nachhaltige Familienpolitik bleibt damit nach wie vor eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Herausforderungen wir uns nicht früh genug stellen können. Um wirklich entscheidende Erfolge erzielen zu können, bedarf es im Gegensatz zu früheren politischen Ansätzen einer Verbindung der verschiedenen Maßnahmen. Nur wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – erreicht durch eine bessere Kinderbetreuung und eine Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle – durch weitere familienpolitische Maßnahmen wie das Elterngeld flankiert werden, kann eine Familienpolitik erfolgreich - und damit letztlich auch nachhaltig sein.

Thomas Grädler ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union. Er studiert Rechtswissenschaft an der Universität Bayreuth und Betriebswirtschaftslehre an der Fernuniversität Hagen. Er ist geschäftsführender Gesellschafter der concept-center GmbH in Bayreuth.

Familienfreundlichkeit in Unternehmen ist kein Selbstzweck

Als Unternehmensberater und Geschäftsführer der IGS Organisationsberatung GmbH, Köln beschäftigt mich das Thema des familienfreundlichen Personalmanagements und dessen Bedeutung für unsere Kunden aus betriebswirtschaftlicher Sicht und vor dem Hintergrund demographischer Entwicklungen. Als Vater von zwei Kindern stellt sich die Frage nach der eigenen „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ persönlich jeden Tag. Insofern möchte ich aus diesem Fokus heraus einen Blick auf familienorientierte Unternehmenspolitik und auf notwendige politische Rahmenbedingungen werfen, um in Zukunft Familie und Arbeit vereinbarer zu gestalten.

Anforderungen an Unternehmen

In unserem gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld kämpft jedes Unternehmen um die eigene Existenz. Anders formuliert, ist jedes Unternehmen von jetzt auf gleich ersetzbar. Firmennamen wie Mannesmann oder Hoechst verschwinden – nur wenige merken es, kaum jemand vermisst sie. Abgeleitet aus dem Ziel, ein Unternehmen zu erhalten, ergeben sich Anforderungen an das Management. Die Existenz des Unternehmens ist abhängig vom Erfolg, der mit darüber entscheidet, ob eine eigene, unabhängige Unternehmenspolitik gestaltet werden kann. Erfolgskritisch ist unter anderem die Geschwindigkeit, mit der ein Unternehmen Innovationen auf den Markt bringen und mit der es sich an veränderte Marktbedingungen anpassen kann.

Die Geschwindigkeit führt im Rahmen der Existenzsicherung zu einer kurzfristigen Sichtweise. Unternehmensentscheidungen richten sich immer mehr an kurzfristigen Zielen aus. Wer weiß, ob es das Unternehmen in zehn Jahren in derzeitiger Form überhaupt noch gibt? Wertet man die kurzfristige Orientierung, dann kommt man zwangsläufig zu negativen

Auswirkungen: Es herrscht weniger Sicherheit, eine höhere Instabilität für alle Beteiligten und weniger gesellschaftliche Verbundenheit. Daneben gibt es auch positive Auswirkungen: Gestaltungsmöglichkeiten durch permanente Veränderung, Internationalität, Karriere- und Lebensoptionen, die früher undenkbar gewesen wären.

Anforderungen an Familien

Grundsätzlich erfordert eine Familie Stabilität und Sicherheit. Die Entscheidung zur Familiengründung – mit langfristigem oder gar lebenslangem Fokus – erfordert Weitblick und langfristiges Denken. Sie ist auf Dauer ausgerichtet, bedingt langfristige Verbundenheit und Identifikation. „Familien wachsen, wo Menschen Vertrauen in die eigene Zukunft besitzen und die persönliche und gesellschaftliche Umgebung Familien und Kindern mit Wertschätzung begegnet.“⁴¹ Eine Ausrichtung auf kurzfristige Zeiträume fällt unter der Verantwortung, die man für Partner oder Kinder empfindet, schwer. Hinzu kommt, dass das Familienbild aus Zeiten resultiert, in denen die Sicherheit und Dauerhaftigkeit viel stärker lebensprägend war. War der Arbeitgeber, der Wohnort, das Haus und das soziale Umfeld gewählt, blieb es konstant – häufig für das gesamte Leben. Lebensmuster für Familien, die auf Kurzfristigkeit ausgerichtet sind, gehören nicht zu unserem erlernten oder jemals vorgelebten Erfahrungsschatz.

Zusammenspiel Unternehmen – Familie

Fassen wir die Analysen zu Unternehmen und Familie zusammen, dann lautet die Schlussfolgerung, dass beide Bereiche diametral entgegengesetzten Anforderungen unterliegen. Kurzfristigkeit bei Unternehmen vs. Langfristigkeit in der Familie, Instabilität bei Arbeitgebern vs. Stabilität im Familiengefüge etc. Will man als Einzelner hier zu einer größeren Übereinstimmung in den Anforderungen gelangen, dann kann man – logisch abgeleitet – nur zu zwei Veränderungsbereichen kommen. Einerseits kann man das berufliche Umfeld anpassen. Dies drückt sich unter anderem durch eine steigende Zahl von selbstständigen Spezialisten aus. Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wird von vielen Experten für

die Zukunft vorhergesagt. Veränderungen sind auch für abhängig Beschäftigte beobachtbar. Die Trennung von Arbeit und Familie wird aufgegeben, dem gestiegenen Druck in Unternehmen Rechnung getragen. Steigende Arbeitszeiten² oder eine Verschmelzung der unterschiedlichen Lebensbereiche (Telefonate mit der Firma im Urlaub, Bearbeitung von Mails am Wochenende, etc.) ist gelebte Praxis.

Andererseits kann man das familiäre Umfeld anpassen. Eine Möglichkeit ist dabei, Familie gänzlich zu vermeiden. Dies ist durch niedrigste Geburtenraten häufig beklagt, aber als eine logische Ableitung aus dem Konflikt der Anforderungen anzusehen. Eine weitere Möglichkeit ist, Familie anders zu definieren und den veränderten Anforderungen (z. B. Kurzfristigkeit, Instabilität) anzupassen. Hier finden wir zum Beispiel Patchworkfamilien mit unterschiedlichen Verweildauern, vielfältige Altersstrukturen im Familienverbund (Vater hat Kinder im Alter von 23, 20 und 2 Jahren) oder ähnliches. Hettlage spricht in diesem Zusammenhang von Familienwelten und nicht mehr von der Familie³.

Wenn einzelne sich den Anforderungen anpassen, dann können es natürlich auch die Unternehmen, stellvertretend das Management. In der Tat wird durch Instrumente des familienfreundlichen Personalmanagements (z.B. flexible Arbeitszeiten, Telearbeit, usw.) der durchaus ernst gemeinte Versuch unternommen, die auf der Strecke gebliebene Vereinbarkeit der unterschiedlichen Lebensbereiche auch zum Vorteil des Unternehmens zu erhöhen. Doch was bewirken diese Versuche, wenn auf der anderen Seite der Kampf um die Existenz des Unternehmens oder des individuellen Arbeitsplatzes steht? Was nützen Instrumente, wenn oftmals Führungskräfte Leistung und Familie als sich ausschließende Parameter definieren? Wenig! Damit werden die Instrumente von den Betroffenen nicht wahrgenommen. Sie wirken nicht im gewünschten Maße, entspannen den Konflikt nicht. Unternehmen sind also genauso gefordert, wie jeder Einzelne: Sie müssen neue Muster ausbilden, um tatsächlich dem Problem begegnen zu können.

Dieses neue Muster lautet: Integration der Familie und des privaten Umfelds in den Bereich des Unternehmens. Was ist damit gemeint? Wenn

jeder Einzelne in seiner privaten Zeit das Unternehmen nicht mehr ausblendet (z.B. Telefonieren im Urlaub), dann sollte folgerichtig das Unternehmen auch die Bedürfnisse des Einzelnen in der Arbeitszeit nicht außer Acht lassen. Flexibilität und Verständnis für familiäre Angelegenheiten gehören also zu zukünftigen Handlungsmustern und Anforderungen an Führungskräfte⁴.

Wie aber bilden sich neue Handlungsmuster in Unternehmen und bei Führungskräften aus? Die Antwort lautet meistens: durch Leidensdruck. Wodurch kann Leidensdruck zur Implementierung von gelebtem familienfreundlichem Personalmanagement entstehen? Durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck und die geschilderten Anforderungen steigt der Bedarf nach gut ausgebildeten Fach- und Führungskräften. Auf der anderen Seite werden – und sind es heute schon – Arbeitskräfte in vielen Bereichen, d.h. mit entsprechend erforderlichen Ausbildungen und Qualifikationen, knapp.

Die demografische Entwicklung wird durch zwei gravierende Auswirkungen weitergehend für Handlungsdruck sorgen. Erstens stehen aufgrund der niedrigen Geburtenraten immer weniger Nachwuchskräfte zur Verfügung. Zweitens wandern viele Potenzialträger aus Deutschland ab. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass vor diesem Hintergrund selbstverständlich auch verstärkt auf die Rekrutierung von Frauen zurückgegriffen werden muss, um den Bedarf zu decken. Dass sich unser Land durch fehlende Infrastruktur und kulturelle Beharrungstendenzen nach wie vor den Luxus erlaubt, gut ausgebildete Frauen nach dem ersten, spätestens nach dem zweiten Kind dem Arbeitsprozess zu entziehen, ist arbeitsmarktpolitisch sträflich.

Zwischenfazit

Summa summarum müssen sich Unternehmen an den Anforderungen der Mitarbeiter ausrichten, wollen sie diese für das Unternehmen gewinnen und diese binden. Eine Anforderung ist nach wie vor das Bedürfnis nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familienfreundliches Personalmanagement ist kein Selbstzweck. Es bildet sich aus, wenn das Unter-

nehmen davon einen Nutzen hat. Dies ist der Fall, wenn gut ausgebildete und knappe Arbeitskräfte für das Unternehmen gewonnen oder an das Unternehmen gebunden werden sollen.

Rolle der Politik

Sollte dieser Prozess nicht zum Tragen kommen, ergeben sich weitere gesellschaftliche Auswirkungen. Werden die benötigten Arbeitskräfte trotz dieser Maßnahmen knapp, verlagern die Unternehmen unter den oben beschriebenen Maßgaben im Existenzkampf den Standort dorthin, wo die Arbeitskräfte zu finden sind. Insofern lautet hier die zweite Möglichkeit, dass nicht nur die gut ausgebildeten Fachkräfte Deutschland verlassen, sondern die Arbeitsplätze direkt hinterher abwandern werden. Daraus ergibt sich, dass die Politik die notwendige Kulturveränderung unterstützen muss. Dies kann sie im Zusammenspiel mit Unternehmen oder im Bereich der Familienpolitik.

Zusammenspiel Politik-Unternehmen

Das Problem in der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Politik besteht in den unterschiedlichen Welten, in denen sie sich behaupten müssen. Die Unternehmen, die erfolgreich am Markt agieren und sich im Wettbewerbsdruck behaupten, sind in der wirtschaftlichen Gegenwart angekommen – mit allen Ausprägungen, wie sie weiter oben zu lesen sind. Die Politik befindet sich in der wirtschaftlichen Vergangenheit und versucht oftmals über alte Instrumente und einfache Wenn-dann-Beziehungen das Geflecht zu steuern. Sollen beide Bereiche miteinander verbunden werden, dann hilft dies nicht: Zunächst müssen alle – und sei der Abschied von der Vergangenheit und der damit verbundenen Überschaubarkeit und Regelbarkeit auch noch so schmerzlich – loslassen und die gegenwärtige Situation anerkennen. Danach bedarf es einer gemeinsamen Ausrichtung.

Wo wollen wir hin? Was ist unsere Vision? Wie soll soziale Marktwirtschaft, oder was an Modell auch immer entworfen werden mag, funktionieren? Wie sieht die Gesellschaft in diesem Modell aus? Nach der Visi-

on folgt die Strategie. Wie gehen die Beteiligten bei der Umsetzung vor, was ist wichtig? Abgeleitet werden müssen dann Maßnahmen, ehe einzelne Handlungsschritte festgelegt werden. Vor der Umsetzung erfolgt die Kommunikation des Modells, der Strategie und der Maßnahmen. So haben alle Beteiligten die Möglichkeit, sich auf die Dinge, die auf uns zukommen werden, einzustellen. Ein bloßes „Es ist alles so schlimm.“ und „Wir müssen den Gürtel enger schnallen.“ – ohne die Vision und die Strategie dahinter zu erklären – führt zu Widerstand, der nicht zu überwinden ist. Deshalb muss Deutlichkeit und Ehrlichkeit in die Diskussion, um Abwanderungsprozesse wegen schlechter Stimmung zu vermeiden. Nur so kann mehr Vertrauen in die eigene Zukunft aufgebaut werden.

Sicherlich ist diese Sichtweise praktisch mit Schwierigkeiten behaftet. Doch ich bleibe dabei: Die Wahl besteht darin, sich sowohl unternehmens- wie auch politikseitig nach der Dauer der Vorstandsverträge oder nach dem Abstand der Wahlen auszurichten, oder aber langfristig eine Perspektive aufzubauen. Da die Perspektive den ein oder anderen schmerzen wird, liegt das Risiko im individuellen oder parteipolitischen Misserfolg. Der Misserfolg lässt sich allerdings auch bei der kurzfristigen Vorgehensweise keinesfalls ausschließen.

Zusammenspiel Politik-Familie

Politik und Familie haben etwas Entscheidendes gemeinsam: Eine Veränderung in Anforderungen und Werten. Bisherige Handlungsmuster greifen nicht mehr. Die Aufgabe der Politik sollte darin bestehen, sich nicht auf Instrumente zu konzentrieren, sondern den kulturellen Veränderungsprozess zu gestalten. Dieser Veränderungsprozess ist unaufhaltsam. So sehr auch das Festhalten an alten Definitionen von „Familie“ die individuelle Sichtweise Einzelner prägt, so ist es doch nur eine Variante in einer Ansammlung von unterschiedlichsten Familienformen. Politik muss dafür sorgen, dass der Wandel in der Gesellschaft stattfindet und schnell fortschreitet. Dazu müssen die unterschiedlichen Formen anerkannt werden. Sie sind Lebensalternativen, die individuell wählbar sein müssen. Mütter, die arbeiten, dürfen gesellschaftlich nicht als Rabenmütter diskutiert werden. Mütter, die sich um die Kinder kümmern, nicht

als „Nur-Hausfrauen“. Väter, die sich um ihre Kinder kümmern, nicht als Weicheier angesehen werden. Dies zu erreichen, ist das Ergebnis des Veränderungsprozesses, den Politik gestalten muss.

Fazit

Die Politik muss sowohl gegenüber Unternehmen als auch gegenüber Familien die Rolle verändern. Prozessgestalter einer Kulturveränderung, Projektmanager einer Neuausrichtung von Deutschland und nicht Bürokrat, Instrumentumsetzer oder Interessenvertreter einzelner Lobbys. Sollte es im Prozess sinnvoll erscheinen, auf Instrumente zurück zu greifen, dann immer mit dem Hintergrund einer kulturellen Veränderung. Der große Erfolg zum Beispiel des Elterngeldes liegt in der kulturellen Diskussion der Vätermomente und der damit verbundenen Rolle von Vätern. Unternehmen werden sich dieser Kulturveränderung zum eigenen Nutzen und aus Leidensdruck nicht entziehen. Sie schafft – den erfolgreichen Veränderungsprozess vorausgesetzt – eine Win-win-Situation für alle Beteiligten, an deren Ende ein familienfreundliches Umfeld, familienfreundliche Unternehmen und eine Stimmung im Lande steht, die Mut zu Kindern macht und auch Potenzialträger halten wird.

Marcus Schmitz ist Gesellschafter und Geschäftsführer der IGS Organisationsberatung GmbH, war zuvor als Referent für Personalentwicklung tätig und hat als Projektleiter bei Gerling für die Einführung der Flexiblen Arbeitszeit und der Telearbeit verantwortlich.

- ¹ Robert Bosch Stiftung: Vorwort zu „Starke Familie.“, Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel
- ² Eine Studie der IGS Organisationsberatung GmbH in Kooperation mit dem Managementportal www.mwonline.de und der Softwarefirma staffadvance unter mehr als 1.000 Vätern belegt, dass 80 % der befragten Väter mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten, 23 % der Väter nehmen weniger Urlaub, als ihnen zusteht.

- ³ Hettlage, Robert: Familienleben heute in: Henry Huthmacher: Leise Revolutionen, Familien in Zeiten der Modernisierung, Herder, 2002
- ⁴ Dies belegt auch eine Studie der IGS Organisationsberatung GmbH in Kooperation mit dem Managementportal www.mwonline.de und der Softwarefirma staffadvance zum Konflikt zwischen Beruf und der Pflege von Angehörigen.

Historische Perspektiven aktueller Familienprobleme

Aus historischer Sicht lässt sich feststellen, dass zwischen Familienverfassung und Arbeitsorganisation einer Gesellschaft stets ein enger Zusammenhang bestanden hat. Für Zeiten, in denen familienwirtschaftliche Formen dominierten, ist dieser Konnex offenkundig. Aber auch nach der weitgehenden Durchsetzung individueller Lohnarbeit in der Moderne bleibt in vermittelter Form eine starke Abhängigkeit der Familie von Gegebenheiten der Arbeitswelt bestehen. Familienfreizeit als Korrelat zu Arbeitszeit, durch Leistungsdruck in der Arbeitswelt verursachter Stress in seiner Rückwirkung auf die Familie, Zwang zu erhöhter beruflicher Mobilität, Unsicherheit durch gefährdete Arbeitsplätze, Verlust der Existenzsicherung durch Arbeitslosigkeit – alles das sind Faktoren, die Familienverhältnisse weiterhin eng an Gegebenheiten der Arbeitswelt binden. So erscheint es sicher angebracht, auch Fragen der zukünftigen Entwicklung von Familie und Arbeit miteinander in Zusammenhang zu diskutieren. Zu bedenken ist dabei allerdings, dass sich die Entwicklungen der Arbeitswelt in einem zunehmend globalisierten System immer mehr dem Einfluss der Politik von Einzelstaaten entziehen – und damit auch wesentliche Voraussetzungen aktueller und zukünftiger Familienprobleme. Diskussionen über die Zukunft von Familie und Arbeit müssten daher wohl auch auf überstaatlicher Ebene ansetzen. Die klassischen Elemente staatlicher Familienpolitik wie Kindergeld oder steuerliche Begünstigungen stellen nur einen sehr begrenzten Handlungsbereich dar, innerhalb dessen die aktuellen Familienprobleme sicher nicht befriedigend gelöst werden können.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist es weltweit, durchaus aber auch in Staaten Mitteleuropas zu tief greifenden Veränderungen von Familienverhältnissen gekommen – in einem Ausmaß wie noch nie zuvor in einer historischen Epoche. Die harten Daten der Statistik machen uns die Radikalität dieses Wandels bewusst. Hinter den quantitativen Ver-

schiebungen stehen nicht minder grundsätzliche qualitative. Der starke Anstieg der Lebenserwartung etwa ist ein solcher demographischer Indikator radikalen Wandels. Erstmals in der Geschichte der Familie wäre es heute möglich, dass ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz der Familienhaushalte aus Angehörigen von vier Generationen bestehen könnte. „Urahn, Großmutter, Mutter und Kind“ erleben einander nicht selten. Aber nur ganz ausnahmsweise sind sie durch Haushaltsgemeinschaft miteinander verbunden. Historisch war die Situation ganz anders. Die weit geringere Lebenserwartung ließ ein solches Zusammenleben gar nicht zu. Die angebliche Dominanz von Großfamilienhaushalten, die drei oder vier Generationen umfasst haben sollen, ist ein Mythos, den die familienhistorische Forschung für Mittel- und Westeuropa längst widerlegt hat. Er sollte die ausschließliche Vorsorge für Alte innerhalb der Familie gegenüber anstaltlichen Formen legitimieren. Das Problemfeld inner- bzw. außerfamiliärer Altersvorsorge steht heute mit zunehmender Lebenserwartung verstärkt zur Debatte. Die „gewonnenen Jahre“ bedeuten vielfach zunehmende Morbidität. Daraus ergeben sich auch qualitative Veränderungen von Betreuungsleistungen. Soweit Kinder bzw. Schwiegerkinder bereit und in der Lage sind, solche Leistungen zu erbringen, werden sie mit solchen Problemen vielfach in der Schlussphase ihres Arbeitslebens konfrontiert. Verlängerte Lebensarbeitszeit würde diese Situation zusätzlich verschärfen. Großelternpflichten können in dieser Lebensphase hinzukommen – wenn sie durch zunehmende Arbeitsbelastung der Eltern bedingt sind ein zusätzlicher Faktor der Rückwirkung des Arbeitslebens. Alle solchen intergenerationellen Leistungen setzen allerdings örtliche Gemeinsamkeit voraus, die nicht zuletzt durch Entwicklungen der Arbeitswelt immer seltener wird. Sieht man die steigende Lebenserwartung im Kontext neuer Verläufe des Familienzyklus, so zeigen sich vielfältige Probleme, deren Lösung – innerhalb und außerhalb der Familie – innovativ diskutiert werden muss.

Dass die familiäre Fürsorge für alte Menschen zunehmend zu einem prekären Problem werden dürfte, ergibt sich auch aus der stark rückläufigen Entwicklung von Kinderzahlen. Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Mitteleuropa in mehr als der Hälfte der geschlossenen Ehen vier oder mehr Kinder zur Welt kamen, war das am Ausgang des

Jahrhunderts nur mehr bei drei Prozent der Fall. Vom Ersten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre nahm die Zweikinderfamilie den Spitzenplatz ein – lange Zeit hindurch die „Normalfamilie“ schlechthin. In der Gegenwart folgen in der Haushaltsstatistik auf die Einzelhaushalte die Paalhaushalte ohne Kinder. Der hohe Anteil von Paaren, die sich grundsätzlich gegen Kinder entscheiden, ist ein historisch völlig neues Phänomen. Unter den Familien mit Kindern nehmen heute die mit einem Kind den ersten Platz ein. Diese soziale Gruppierung ist etwas grundsätzlich anderes als Zwei- oder Mehrkinderfamilien. Es fehlt ihr eine traditionell sehr wichtige Position, nämlich die der Geschwister. Auch diese geschwisterlose Familie ist eine historisch junge Erscheinung. Eine elementare soziale Beziehung wird in ihr nicht erlebt. Ob dieses Defizit in später eingegangenen Beziehungen zu Gleichaltrigen – in der Kinderkrippe, im Hort, im Kindergarten – ausgeglichen werden kann, lässt sich aus historischer Perspektive nicht beantworten. Es kann aus dieser Sicht bloß auf ein Problem aufmerksam gemacht werden, das die inner- wie die außerfamiliale Erziehung vor neue Aufgaben stellt. Die Frage, ob es sich bei der Tendenz zu weniger Kindern bzw. zum Verzicht auf Kinder überhaupt um einen unumkehrbaren Trend handelt, entzieht sich ebenfalls einer Beurteilung aus der Geschichte der Familie. Zu vielfältig sind die vermuteten Faktoren, die den Geburtenrückgang bedingt haben dürften, als dass man einen einzigen festmachen könnte, der einen entscheidenden Ansatzpunkt für Gegenmaßnahmen böte. Im materiellen Bereich allein liegen die Gründe sicher nicht. Hält der Geburtenrückgang an, so wird zunehmend Zuwanderung an Bedeutung gewinnen. Einige der üblichen Zuwanderergruppen nach Mitteleuropa haben traditionell höhere Fertilität. Ob solche kulturelle Traditionen dauerhaft beibehalten werden, lässt sich heute noch nicht voraussehen.

Die Familienverhältnisse von Zuwanderergruppen machen bewusst, wie vielfältig Familientraditionen sind, die heute in Gesellschaften Mitteleuropas zusammentreffen. Sicherlich darf man auch die Familienformen der autochthonen Bevölkerung keineswegs einheitlich sehen – die zunehmende Migration bewirkt jedoch diesbezüglich Unterschiede wie nie zuvor in der Geschichte. Historische Migrationsmuster waren von

Einzelmigration geprägt, die hauptsächlich in der Jugendphase erfolgte. Demgegenüber hat in der jüngeren Vergangenheit Familienmigration an Bedeutung gewonnen. Historische Zuwanderung ging in der Regel von Einzugsbereichen geringerer Reichweite aus, aktuelle hingegen bezieht Regionen ein, denen gegenüber große kulturelle Unterschiede bestehen. Probleme der Integration von Zuwandererfamilien sind in hohem Maß Familienprobleme. Die Differenzen haben nicht primär religiöse Unterschiede zur Grundlage. Zum „christlich-abendländischen“ Wert der Nächstenliebe etwa bekennen sich orthodoxe Christen aus Südosteuropa oder Muslime aus dem Nahen Osten in gleicher Weise. Gravierende Unterschiede des Familienverhaltens, die sich mitunter in Zuwandererfamilien feststellen lassen, haben andere historische Wurzeln. Das gilt etwa für stark polarisierte Geschlechterrollen, für ausgeprägte Verwandtschaftssolidarität, für Vorstellungen von Familienzusammenhalt, nach denen sich Einzelpersonen der Gruppenidentität unterzuordnen haben. Gerade hinsichtlich der Individualisierung in der Familie ergeben sich vielfach markante Unterschiede. Solche Unterschiede konfrontieren eine engagierte Integrationspolitik mit schwierigen Fragen. Es wird sehr konkret zu durchdenken sein, was die Prinzipien der christlichen Soziallehre – Subsidiarität, Solidarität, Personalität – in Bezug auf Migrantenfamilien zu bedeuten haben. Vielfältige Politikbereiche sind dabei in der Umsetzung solcher Grundsätze gefordert – die Bildungspolitik, die Frauenpolitik, die Sozialpolitik in einem sehr weiten Verständnis und andere mehr.

Werden jene gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, die die Familienverhältnisse in Mitteleuropa und darüber hinaus im Verlauf des 20. Jahrhunderts so tief greifend verändert haben, in der Zukunft weitergehen? Sollen sie weitergehen? Können sie weitergehen? Die Geschichtswissenschaft kann auf solche Fragen nur partielle Antworten geben. Bei manchen der angesprochenen Entwicklungstendenzen könnte es sich um Übergangsprozesse handeln, die nach einem grundsätzlichen Strukturwandel durch eine Neustabilisierung zum Abschluss kommen. So gilt der Prozess des „demographischen Übergangs“ mit seinen grundlegenden Veränderungen von Natalität und Mortalität nach Meinung mancher historischer Demographen für europäische als abgeschlossen. In

der Steigerung der Lebenserwartung werden vielleicht tatsächlich keine wesentlichen Zugewinne mehr zu erreichen sein. Anders verhält es sich mit der Geburtenentwicklung. Die Prognose, dass es nach Abschluss einer Übergangsphase zwischen Natalität und Mortalität zu einem neuen „demographischen Gleichgewicht“ kommen würde, hat sich nicht erfüllt. Die Geburtenentwicklung ging völlig unabhängig von der Sterblichkeit eigene Wege. So hat sich auch im Bereich der Demographie das Modell der Übergangsprozesse nicht überzeugend bewährt. Andere für die neuere Familienentwicklung maßgebliche Prozesse wie Industrialisierung, Urbanisierung, Kommunikationsrevolution, Verkehrsrevolution lassen sich wohl grundsätzlich nicht als Übergangsprozesse verstehen. Man kann sie nicht mit der Erreichung eines neuen Zustands als abgeschlossen sehen. Sicher sind auch ihnen Grenzen gesetzt – durch die Belastung der natürlichen Umwelt, durch die soziale Verträglichkeit, durch die finanzielle Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand. Die Situation in den letzten Jahrzehnten scheint freilich zu zeigen, dass solche Entwicklungen trotz absehbarer Gefährdungen durchaus weitergehen – zum Teil mit einer bisher noch nicht da gewesenen Beschleunigung.

In keiner anderen Epoche der Weltgeschichte haben sich solche Rahmenbedingungen des Familienlebens so rasant verändert wie in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Ob das Tempo der Beschleunigung des sozialen Wandels weiterhin anhält, wird wohl kaum von den Auswirkungen dieses Wandels auf die Situation der Familien abhängen. Grenzen der Anpassungsfähigkeit von Familien haben im Verlauf der Geschichte nur selten – und wenn so mit großer Verzögerung – auf gesellschaftliche Makrotendenzen zurückgewirkt. Familien sind primär passiv von solchen Tendenzen betroffen. Ihre aktive Rolle als Faktor der Veränderung ist im Vergleich dazu gering. So bedürfen Familien in besonderer Weise einer gesellschaftlichen Vertretung ihrer Interessen. Das gilt nicht nur für Maßnahmen, die traditionell der „Familienpolitik“ zugerechnet werden. Das gilt vielmehr in einem sehr weiten Verständnis für alle jene Rahmenbedingungen, die Familienentwicklungen beeinflussen. Von den jeweiligen Auswirkungen auf Familien her durchdacht mag politisches Handeln in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine neue Orientierung erhalten.

Prof. Dr. Michael Mitterauer lehrte am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien unter anderem zur historischen Familienforschung und befindet sich seit 2003 im Ruhestand.

Wir brauchen Familien-Mainstreaming statt Gender-Mainstreaming – Moderne Familienpolitik im 21. Jahrhundert

Familie ist das sicherste soziale Netz. Der Umgang unserer Gesellschaft mit Familien und mit Kindern sagt mehr über den geistigen und moralischen Zustand des Landes aus als alle ökonomischen Erfolge zusammen. Familienpolitik ist ein zentrales Beschäftigungsfeld für die Junge Union, weil sie alle bei uns engagierten Altersgruppen und die jungen Menschen betrifft, die wir erreichen wollen: Wir bewegen uns als Kinder in unserem familiären Umfeld, viele von uns stehen in der Gründungsphase eines selbständigen Familienlebens oder haben bereits Kinder. Familiäre Bindungen sind ein sozialer und emotionaler Anker in einem gesellschaftlichen Umfeld, das von einer schleichenden Erosion traditioneller Werte geprägt ist. In einer Zeit, in der durch die demographische Entwicklung ein massiver Druck auf den Sozialsystemen liegt, erscheint die Familienpolitik in einem gänzlich neuen Licht. Für die Junge Union bedeutet die Stärkung der Familie als soziale, emotionale und ökonomische Institution die zentrale Zukunftsaufgabe.

Der Beitrag widmet sich, erstens, den bisherigen Bevölkerungsentwicklungen und benennt Hürden für Familien in Deutschland. In einem zweiten Schritt spannt er die Felder für mögliche Lösungsansätze auf. Als drittes thematisiert er die gesellschaftliche Notwendigkeit einer modernen Familienpolitik.

1. Ohne Kinder morgen leben?

„Kinder bekommen die Leute immer“. Dieses Zitat stellt einen der wenigen bedeutenden Irrtümer von Konrad Adenauer in seiner Zeit als Bundeskanzler dar. Unser Land befindet sich mitten in einer negativen demographischen Entwicklung, die von Überalterung der Gesellschaft sowie Geburtenrückgang geprägt ist und deren Ende derzeit nicht ab-

sehbar ist. Die ersten Folgen können bereits wahrgenommen werden. Schulschließungen mangels Schüler sind ein Ergebnis dessen, bereits deutlich werdender Fachkräftemangel in einigen Branchen und Berufen ein anderes. Die Familienpolitik in Deutschland hat hierauf seit Jahren und Jahrzehnten keine Antworten finden können. Verschiedenes ist angedacht und ausprobiert worden – den negativen Trend insbesondere bei der Geburtenrate hat es zumindest nicht dauerhaft beenden können. Seit dem so genannten Pillenknick 1972 sterben in Deutschland pro Jahr mehr Menschen als geboren werden. Immer mehr Frauen bleiben kinderlos. Die Zahl der Familien mit nur einem Kind hat deutlich zugenommen. Gleichzeitig sind die Mehrkind-Familien auf dem Rückzug. Dadurch fehlen über die letzten 30 Jahren hinweg insgesamt etwa 8 bis 9 Millionen Kinder. Lag die Geburtenzahl 1950 noch bei ca. 1,1 Mio. Kindern und stieg bis Mitte der 1960er Jahre sogar noch auf über 1,3 Mio. an, ist seither ein teils deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Bis zum letzten Jahr halbierte sich die Zahl der Geburten annähernd auf ca. 685.000. Die Zahl der Kinder pro Frau lag im Jahr 1950 bei 2,1, im Jahr 1965 bei rund 2,5 und liegt heute bei einem Stand 1,37. In den jungen Bundesländern war zeitweise ein Tiefstand von 0,77 Kindern pro Frau erreicht – nur im Vatikan gab es weniger Kinder.

In Deutschland lief im letzten Jahrhundert ein familienpolitischer Sonderweg ab, der weltweit einzigartig war: Vom Mütterlichkeitskult der Nationalsozialisten über die Dualität aus konservativer Familienidylle der Bundesrepublik und sozialistischer Arbeitsreligion mit gezielter Bevölkerungspolitik der DDR bis hin zur nachholenden familienpolitischen Modernisierung des wiedervereinigten Deutschlands.

Im Laufe der Jahre hat sich jedoch unter der recht augenscheinlichen Oberfläche mehr getan; es haben sich Ansprüche, Geisteshaltungen und Bejahungen verschoben – Veränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt, die Expansion der Freizeitgesellschaft und des Bildungswesens, das Erodieren traditioneller Milieus, die allgemeine Wohlfahrtvermehrung. Was auf den ersten Blick eher als förderlich für Familien und Kinder angesehen werden könnte, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Was ökonomisch zu einem Ausbau zahlreicher neuer Dienstleistungen und Indus-

trien führte (Tourismus, Sport- und Fitnessindustrie) veränderte die Sicht auf Familie. Was sich unter Schlagworten wie Individualisierung und Selbstverwirklichung Bahn brach, vollzog sich ebenso bei Familien. Und dies macht die Komplexität von Familienpolitik deutlich. Familienpolitik ist mehr als die Frage nach Kindergartenplätzen oder Ganztagschulen. Es geht um Planbarkeit und Zukunftsglaube, um Arbeitsplätze, um die Gestaltbarkeit unterschiedlicher Lebensphasen.

2. Wege für Familienpolitik

Die Ironie der Moderne liegt in der Umkehrung von Solidarität. Bis zur Einführung des Wohlfahrtsstaates war die Familie der einzige Risikoschutz für Alter und Krankheit. Heute sind Lebensrisiken verallgemeinert und es scheint dem Einzelnen, dass es keiner Kinder bedarf für einen individuellen Schutz. Im Gegenteil – ein Kind in Deutschland kostet die Eltern bis zu einer halben Million Euro, sofern Versorgungs- und Betreuungsaufwand und die Opportunitätskosten aufgrund des Verzichts auf Erwerbsarbeit addiert werden. Es kommt somit zu einer Rationalisierung emotionaler Bindungen und Wünsche. Ein Beispiel dafür ist die pure Existenz der folgenden Statistiken: Nach Berechnungen des Bundesfamilienministeriums summieren sich die öffentlichen und privaten Aufwendungen bei einem Ehepaar mit einem Kind auf 366.000 Euro, mit zwei Kindern auf 665.000 Euro und mit drei Kindern auf 818.000 Euro. Darin enthalten sind die Unterhaltskosten und die Kosten für die Kinderbetreuung und Bildungseinrichtungen, den Verdienstaufschlag der Eltern, die dadurch niedrigeren Renten, also alle Aufwendungen, die Staat und Eltern für die Kinder bis zu deren eigener Erwerbstätigkeit aufbringen. Von diesen Kosten tragen die Eltern direkt rund 75 Prozent, der Staat rund 25 Prozent, wer keine Kinder hat, erspart diese Aufwendungen. Allein der Umstand, dass sich Menschen über die Kosten von Kindern bewusst werden, belegt ein gewandeltes Verständnis von Familie. Es überrascht somit nicht, dass es Kreise in der Gesellschaft gibt, die sich an den Staat wenden und verlangen, er solle gegen dieses „Risiko“ versichern. Sicher ist, dass Familien auf Solidarität angewiesen sind – sofern die Gesellschaft die Kindererziehung nicht allein zur Privatsache erklärt.

Die Schaffung einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft ist nicht nur Aufgabe der Politik, sondern aller Bürger. Wir alle müssen uns fragen, ob wir im alltäglichen Leben darauf achten, dass Kinder dort einen Platz finden. Das beginnt bei der Wertschätzung der Arbeit, die nicht in Betrieben, sondern in Familien geleistet wird, und reicht bis hin zur besonderen Achtsamkeit im Straßenverkehr, um Kinder nicht zu gefährden. Eine „gesellschaftsfähige“ Familie setzt umgekehrt also eine „familienfähige“ Gesellschaft mit familienorientierten Leistungsangeboten voraus, um die Familien zu befähigen, den an sie gerichteten Erwartungen möglichst gut zu entsprechen. Klar ist, erfolgreiche Familienpolitik misst sich nicht an der Höhe der Finanztransfers, sondern an dem Erfolg, Familien bei der Gründung und bei der Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen. Bei Angeboten in der Familienpolitik müssen wir uns von der Ideologie lösen: Keine Idealisierung der „Mütterlichkeit“ aber auch keine Kleinkindererziehung à la Staatssozialismus. Zwischen Rousseaus „Emile“ und romantischen Verklärungen liegen noch vielfältige Graubereiche. Was sind also mögliche Lösungskonzepte? Mindestens drei Bereiche sind zu nennen: Ausbau familienorientierter Infrastruktur, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen; finanzielle Anerkennung von Familien- und Erziehungszeit und Hilfe in der Familiengründungsphase.

- Ein flächendeckendes Angebot von Ganztagsbetreuung und Vorschul-erziehung ohne staatlichen Zwang sichert Angebote ohne zu bevormunden. Eine verbreitete professionelle, öffentliche Kinderbetreuung, auch bereits für Kinder unter 3 Jahren wären eine Antwort auf die veränderten Berufs- und Karrierewünsche von Frauen, ohne jene zu diskriminieren, die sich für die Familie und gegen den Beruf entscheiden. Nach wie vor gibt es auch eine Vielzahl von Frauen, die sich ausschließlich der Familie und der Erziehungsarbeit widmen möchten. Dies muss auch in Zukunft möglich sein – es gilt das Prinzip der Wahlfreiheit.
- Eine moderne Familienpolitik setzt auf die Anerkennung in der Arbeitswelt. Letztlich brauchen wir nicht die wirtschaftsfreundlichste Familien, sondern die familiefreundlichste Wirtschaft. Dabei können durch Betriebskindergärten, Teilzeitarbeit oder einen bürgerschaftlich organisierten Markt für Kinderbetreuung, Hilfestellungen gegeben werden.

- Ein Familiengeld, welches das bisherige Kindergeld und Erziehungsgeld ersetzt, steuer- und sozialabgabenfrei sowie unabhängig von dem Umfang der Erwerbsarbeit und des sonstigen Einkommens ist. Ein solches Familiengeld wäre weder Lohnersatzleistung nach dem Prinzip der beitragsäquivalenten Sozialversicherung, noch eine an Bedürftigkeit anknüpfende Fürsorgeleistung nach dem Prinzip der Sozialhilfe. Damit verbindet sich ein „Grundeinkommen“ für Erziehende und, später, für Kinder und Jugendliche. Es stellt ebenso einen Weg dar, die wachsende Zahl Alleinerziehender finanziell ausreichend zu unterstützen. Um die gesellschaftliche Verantwortung für Kinder deutlich zu machen, sind die Gesundheitskosten aller Kinder künftig aus Steuermitteln zu bezahlen.
- Familienarbeit muss als gesellschaftliche Arbeit begriffen werden und bedarf auch einer nicht nur ideellen Unterstützung. Gerade die für das Gemeinwesen unverzichtbare Erziehungsarbeit wird aber noch immer zum größten Teil von Frauen unbezahlt zu Hause erbracht – ohne gesellschaftliche Anerkennung und zu einem hohem wirtschaftlichen Risiko, weil sie als Mütter deutlich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und deshalb im Ruhestand nur geringe Renten zu erwarten haben. Eine „Elternrente“ mit einer ausreichend hohen Startprämie bei jedem neugeborenem Kind könnte tatsächlich diese Leistungen aufwerten und honorieren.
- Karriere und Familie schließen sich bei den meisten Jugendlichen heute nicht mehr aus, sondern sind zwei zentrale, gleichberechtigte Zielvorstellungen für die Lebensführung. Um die Gründungsphase von Familien zu erleichtern, sollte über die Einführung eines Darlehens nachgedacht werden, dass junge Familien gegen etwaige Risiken am Anfang ihrer Familiengründung unterstützt.
- Politik kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie familienfreundlich ist. Familienfreundlichkeit kann aber nur dann hergestellt werden, wenn im Gesetzgebungsprozess jede staatliche Maßnahme auf ihre familienfördernde Wirkung untersucht wird.

Der Freistaat Thüringen verwirklicht mit der „Thüringer Familienoffensive“ die Prinzipien moderner Familienpolitik. Nicht der Staat, nicht Betreuungseinrichtungen, sondern zuallererst die Eltern stehen in der Frage der Kindererziehung in der Verantwortung. Der Idee der Subsidiarität und eines positiven Anreizes folgend, erhalten Kommunen pro neugeborenem Kind vom Land 1000 Euro, die für kinderfreundliche Infrastruktur eingesetzt werden muss. Bereits ab dem 2. Lebensjahr gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Ausgehend vom Grundsatz, dass Eltern am besten wissen, was für das Wohl des Kindes am besten ist, bleibt es ihnen überlassen, ob sie das Kind selbst erziehen oder einen Kindergarten wählen – als zusätzliche Unterstützung erhalten sie ein ergänzendes Thüringer Erziehungsgeld. Als Hilfestellung insbesondere in der ersten Lebensphase des Kindes, in denen Eltern mit Unsicherheit und zahlreichen Veränderungen konfrontiert sind, wurden mehrere Elemente eingeführt. Eine Stiftung „FamilienSinn“ begleitet Eltern, berät in den unterschiedlichen Phasen und stellt Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung. In einem weiteren Schritt wird es zinsgünstige Darlehen für Familien bei der Geburt eines Kindes geben – bis zu 5000 Euro. Ab einer Kinderzahl von vier entfällt die Rückzahlung. Die Thüringer Familienoffensive setzt auf ein positives Bild von der und auf ein klares Bekenntnis zur Familie.

Was sich in all den Vorschlägen bündelt, ist die Anerkennung einer sich verändernden Welt. Dass sich Familien öfter für den Beruf und gegen Kinder entscheiden, ist zu einem guten Stück Ergebnis der politisch gewollten und von allen gewünschten Emanzipation. Dies zu bejahen ohne die Folgen zu akzeptieren wäre töricht. Gleichzeitig gilt es, all das, was man unter traditionellem Familienbild verstehen kann, genauso zu akzeptieren, und der Beliebtheit von Lebensformen und -entwürfen zumindest eine Vorstellung davon entgegenzusetzen, von dem man glaubt, dass es den Bedürfnissen der Kinder am besten entgegenkommt. In regelmäßigen Abständen flammt öffentlich die Debatte um das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften auf. Die Organisationen von Lesben und Schwulen in Deutschland leiten dabei ein Recht für die Adoption von Kindern ab. Diese Forderung verkennt in ihrem Kern jedoch, dass die Adoption kein Recht der Erwachsenen auf Kinder

darstellt, sondern vielmehr im Recht von Kindern gründet, Eltern zu haben. Eltern sind nun einmal Mann und Frau, Vater und Mutter. Daher schließt sich die Einführung eines solchen Rechts kategorisch aus, selbst wenn durchaus davon auszugehen ist, dass Gleichgeschlechtliche gut für die ihnen anvertrauten Kinder sorgen würden.

3. Auf zur Suche nach einem Leitbild gegen die lendenlahme Republik

Im Kern geht es um die Frage nach der Verfassung unserer Gesellschaft, die letztlich nur gemeinsam von allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen aber natürlich insbesondere von jedem einzelnen beantwortet werden kann – ähnlich wie die Entscheidung für ein demokratisches System oder eine Marktwirtschaft. Es geht darum, wie ein Familienleben individuelle Wahl und gesellschaftliche Solidarität verknüpfen kann. Die Politisierung der Lebensentwürfe mit ihren Klischees und wechselnden Moden – insbesondere durch die Medien kolportiert – verlangt nach einem Gegenentwurf. Die Sicht der zeitgeistverliebten Kulturpropagandisten hat offensichtlich nicht zur Lebensfreude und Vitalität als vielmehr zur regelrechten Erziehung zur Bindungs- und Kinderlosigkeit geführt. Sie pflegen eine Welt mit grellbunten Fassaden, die lehrt, Kinder hintanzustellen anstatt das eigene Leben rund um diesen Wunsch zu entwerfen. Es ist doch erstaunlich, dass jede Soap mindestens einen Schwulen oder eine Lesbe, aber kaum noch intakte Familien hat. Es überrascht nicht, dass die Generation des Pillenknicks und Wertewandels hart für das „gender mainstreaming“ und nicht für ein „family mainstreaming“ kämpft. Dem egoistisch-individualistischen Verständnis von Werten und Politik muss etwas entgegengestellt werden. Der gesellschaftliche Kampf widmet sich daher auch der Wiedergewinnung eines Leitbildes. Dieses Leitbild wird bestimmt durch Kinder und dauerhafte Bindungen.

In Familien werden Kinder geboren, hier werden ihnen orientierende Werte vermittelt. In der Familie finden Menschen Halt und Geborgenheit, hier nimmt die Solidarität zwischen den Generationen konkrete Gestalt an: Eltern sorgen für ihre Kinder und diese dann wieder für ihre ins Seniorenalter eingetretenen Eltern. Familien sind Orte, an denen Kinder

Liebe und Beständigkeit erfahren können. Ohne Familien ist im wahren Sinne des Wortes „kein Staat zu machen“. Den Lärm von Kindern müssen wir wieder als Musik einer lebendigen Gesellschaft verstehen, denn von ihnen hängt die Zukunftsfähigkeit und ihr Wohlstand ab.

Wie vielfältig auch immer die Lebensformen der Zukunft aussehen mögen, eine wirksame Familienpolitik muss eine Generationenpolitik sein, die vom Grundsatz des Kindeswohles geleitet wird. Versäumnisse sind irreparabel. In den Worten von Paul Kirchhof: „Das Kind verkörpert Erneuerungsfähigkeit und Zukunftshoffnung; Kinderlosigkeit steht für Resignation und kollektive Selbstaufgabe.“ Es ist sicherlich nicht charmant, vielleicht sogar taktlos gegenüber denjenigen, die aus guten persönlichen Gründen keine Kinder wollen oder keine haben können. Das Dilemma unseres Gemeinwesens, das ideell und materiell durch wachsende Kinderlosigkeit verarmt, gebietet jedoch eine klare Positionierung. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass wir als Gesellschaft nur eine Zukunft haben, wenn die Bedingungen für Kinder und ihre Eltern nachhaltig verbessert werden. Schon heute ist absehbar: Im Jahr 2040 wird jeder dritte Deutsche keine Kinder und noch weniger werden Enkel haben. Der Generationenkrieg fällt damit aus. Eher bricht eine lange Phase des Generationenfriedens an. Allerdings unter einer Voraussetzung: Eine Zukunftspolitik für Generationenbeziehungen, die die Lebensqualität von Kindern, Jugendlichen, Familien und Senioren vorrangig fördert, muss in das Zentrum politischen Handelns rücken. Neben dem alten Generationenvertrag entwickelt sich ein neuer Generationenpakt: die gelebte Solidarität zwischen den Generationen. Dieser Generationenpakt als familiärer Zusammenhalt lebt von der Alltagssolidarität, von gewachsenen sozialen Beziehungen und Bindungen – und nicht von auferlegten gesetzlichen Verpflichtungen. Wenn neben einer holländischen Hochschule ein Studentenwohnheim gebaut wird und direkt neben dem Studentenwohnheim ein Zentrum von Seniorenwohnungen, wenn für die Mitwirkung der älteren Mitbürger bei der Betreuung der Kinder von Studenten ein Nachlass auf die Wohnungsmiete erfolgt, dann ergibt sich ein neues, sehr modernes Netz von Solidarität. Es entlastet den Sozialstaat, zugleich gewinnen die Menschen neue Begegnungschancen, entstehen neue Netze zwischen den Generationen.

Wenn gerade wir als junge Generation in der Union eine Neuausrichtung der Familienpolitik in den Blick nehmen, so sollte sich dies aus unserem Glauben an Gestaltbarkeit und Veränderbarkeit der Gesellschaft speisen. Die Junge Union sollte selbstbewusst den Anspruch formulieren, dass Familie und Kinder für die Gesellschaft mehr sind als ökonomische Faktoren und ein Notfall- und Sicherungsfond für den Sozialstaat. Die Familie ist im mehrfachen Sinne die grundlegende Einheit der Zivilgesellschaft. Kinder sind keine Rechengrößen für Schulnetzplanungen, keine Maßeinheiten für Bildungskredite und keine Rentenstockbasis. Sie sind vielmehr Zeichen für Innovationsbereitschaft, für Veränderungs- und Gestaltungswille und vor allem ein Ausdruck dafür, dass Menschen Vertrauen in die Zukunft haben.

Mario Voigt ist Politikwissenschaftler und Landesvorsitzender der Jungen Union Thüringen.

Das Familienbild der Unionsparteien

Das Bild der Familie hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Die Zahl der Familien nimmt ab, ebenso wie die Zahl der Kinder. Die Gründung von Familien erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Finanzielle Gesichtspunkte spielen eine immer stärkere Rolle. Die Vereinbarkeit bzw. Nichtvereinbarkeit von Beruf und Familie wird häufig als Hemmschuh für die Familiengründung angesehen. Zwischen der Festschreibung in der Bayerischen Verfassung, wonach Kinder „das köstlichste Gut eines Volkes“ sind, und der Lebenswirklichkeit scheint sich eine immer größere Diskrepanz aufzutun. Dennoch und Gott sei Dank: Die überwiegende Mehrheit junger Menschen wünscht für ihre Zukunft eine glückliche und intakte Familie mit Kindern.

In den Grundsatzprogrammen von CDU und CSU werden Ehe und Familie als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens angesehen. Sie haben sich über Jahrhunderte des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels als Urzelle der Gesellschaft bewährt. In Familien suchen und erfahren Menschen Liebe, Geborgenheit, Lebenssinn, gegenseitige Hilfe und Unterstützung. Die Familie ist die beste Grundlage für die Solidarität der Generationen. Kinder lernen und erfahren durch die Familie Regeln des Zusammenlebens, kulturelle Werte und solidarisches Verhalten. Die Familie fördert die Persönlichkeitsentwicklung und vermittelt Lebenschancen wie keine andere Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft. Daher stehen Ehe und Familie im Mittelpunkt der Politik der Unionsparteien. Sie sind natürliche Lebensformen und Grundpfeiler einer freien und solidarischen Gesellschaft und werden als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens angesehen. Dies gilt heute so, wie es bereits früher gegolten hat und in Zukunft auch gelten muss.

In den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde in der Union davon ausgegangen, dass die Erziehung von Kin-

dern innerhalb der auf Dauer angelegten Ehe stattfindet, im Regelfall die Mutter auf die Ausübung eines Erwerbsberufs verzichtet und sich ausschließlich der Familie widmet. Seit den neunziger Jahren rückte die Partnerschaft zwischen Mann und Frau als Leitbild in den Vordergrund. Partnerschaft verlangt gleiche Teilnahmerechte und gleichberechtigte Verteilung von Verantwortung und Pflichten in Familie, Beruf und Gesellschaft. Hierbei war klar, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen noch nicht erreicht ist. Deshalb kommt der Förderung von Frauen besondere Bedeutung zu.

Ungeachtet dessen veränderte sich die gesellschaftliche Wirklichkeit zusehends. Die Zahl der Eheschließungen ist rückläufig und zunehmend entstehen neue Familien- und Partnerschaftsstrukturen. So nahm die Zahl der Alleinerziehenden, der nichtverheirateten Paare mit und ohne Kinder und der Familien mit Kindern aus verschiedenen Ehen oder Lebensgemeinschaften deutlich zu. Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund entwickelt sich eine neue Diskussion darüber, was als Familie zu verstehen ist, welche Bedeutung Ehe und Familie zukommt und in welcher Form Ehe und Familie gefördert werden sollen.

Leitbild der ehebezogenen Familie

Für die Unionsparteien ist heute Familie überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen. Die Familie ist der Ort, wo Eltern und Kinder entsprechend den christlichen Grundwerten unserer Gesellschaft miteinander umgehen und Liebe, Mitgefühl, Vertrauen, Solidarität, Verlässlichkeit und Einsatzbereitschaft begründet, gefördert, gefordert und weitergegeben werden. Damit wird die wechselseitige Verantwortung und Fürsorge sowie die Orientierung an den Grundwerten innerhalb der Familie deutlich herausgestellt. Dies ist der wesentliche Unterschied zu dem Familienverständnis anderer Parteien. Für die SPD ist Familie dort, wo Kinder sind, ob ehelich oder nicht ehelich, leiblich oder adoptiert, mit einem oder mehreren Elternteilen, genauso wie die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft mit Kindern. Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschränken ihr Familienbild auf die funktionale Beschreibung „Familie ist dort, wo Kinder sind“. Bei der

Linkspartei spielen Kinder hingegen beim Familienbegriff überhaupt keine Rolle. Familie soll da sein, wo Nähe ist.

Von allen Parteien unterscheidet sich die Union dadurch, dass sie die Ehe als Institution einer auf Lebenszeit angelegten Beziehung zwischen Mann und Frau ansieht und deren besonderen verfassungsrechtlichen Schutz nicht verändert wissen will. Die Ehe ist die beste Grundlage für die dauerhafte Verantwortungsgemeinschaft innerhalb der Familie. Zugleich ist das Füreinandereinstehen innerhalb der Ehe – auch in einer Ehe ohne Kinder – die Basis jeder sozialen Gemeinschaft. An den Grundsätzen, die die Substanz der Familie ausmachen, muss die Union auch künftig in ihrer Familienpolitik festhalten und sie bei der Anpassung ihrer Familienpolitik an die Veränderungen in der Gesellschaft beachten. Dies bedeutet:

Größtmögliche Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf

Es müssen sowohl denjenigen Perspektiven gegeben werden, die sich – insbesondere bei mehreren Kindern – ganz der Erziehung widmen wollen als auch denjenigen, die ununterbrochen voll oder teilweise erwerbstätig sein wollen oder die Phase der Erwerbstätigkeit nur kurz unterbrechen wollen. Besondere Aufgabe der Union muss es dabei sein, dafür Sorge zu tragen, dass die ausschließlich familiäre Ausrichtung nicht erwerbstätiger Frauen von der Gesellschaft als eine der Erwerbstätigkeit gleichrangige Tätigkeit angesehen wird. Anders als die SPD sieht die Union die Emanzipation der Frauen nicht in erster Linie durch die gleichrangige Beteiligung an der Erwerbsarbeit verwirklicht. Die Gleichwertigkeit der Familientätigkeit ist ideell und materiell anzuerkennen und zu fördern. Die Rolle der Väter rückt stärker in den Vordergrund. Dem ist bei der Ausgestaltung der Familienförderung Rechnung zu tragen, wie dies bereits bei der Ausgestaltung des Elterngeldes erfolgt ist.

Berechtigte Interessen der Kinder

Kinder haben Anspruch auf das dauerhafte Bemühen um Gemeinschaft, Geborgenheit, Zuwendung, verantwortliche Erziehung und Gestaltung

einer kinder- und familiengerechten Arbeits-, Alltags- und Freizeitwelt. Das Ja zu Kindern bedeutet nicht nur die Erfüllung eines Elternwunsches, sondern es begründet auch Pflichten der Eltern gegenüber ihren Kindern.

Verbindung der Generationen

Die Solidarität innerhalb der Familie spielt eine herausragende Rolle. Hierbei kommt den Großeltern eine besondere Bedeutung zu. Großeltern geben Wissen, Erfahrung und Fähigkeiten an die junge Familie und ihre Kinder weiter und unterstützen sie so auf ihrem Lebensweg. Zudem können Großeltern vielfach Betreuungs- und Erziehungsaufgaben bei den Enkeln übernehmen und helfen so, dass Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit gelingt. Außerdem sind es vielfach die Großeltern, welche die Belastungen eines Ein-Eltern-Haushalts mittragen.

Hochwertige Kinderbetreuung

Während die Union in der Vergangenheit ganz überwiegend auf die Betreuung der Kinder in der Familie gesetzt hat, trägt sie heute den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung. Neben der Betreuung in der Familie wird zugleich auch die Betreuung außerhalb der Familie gefördert, ohne dass das klassische Familienmodell vernachlässigt wird. Die finanzielle Förderung muss in beiden Fällen gleich sein. Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder in Krippen, Kindergärten und Horten sind zu fördern. Dies stellt auch und gerade eine Entlastung für alleinerziehende Mütter und Väter dar.

Schutz der Ehe

Verheiratete übernehmen eine besondere Verantwortung füreinander. Eine Aufweichung des besonderen Schutzes, den das Grundgesetz der Ehe gewährt, ist abzulehnen. Die besondere eheliche Verantwortung ist auch in Zukunft zu achten. Dies bedeutet, dass die Gleichstellung anderer Lebensformen mit der Ehe auch in Zukunft nicht in Betracht kommt. Selbstverständlich stellt dies keine Diskriminierung anderer Le-

bensformen dar, sondern trägt dem Wert der Ehe Rechnung. Daraus folgt auch, dass das Ehegattensplitting beizubehalten ist und nicht durch ein Familiensplitting abgelöst wird. Wer nicht bereit ist, die Bindung einer Ehe mit allen ihren Verpflichtungen einzugehen, darf sich auch nicht auf steuerliche Vorteile berufen. Gerade aufgrund der rückläufigen Zahl der Eheschließungen ist es von besonderer Bedeutung, die Institution der Ehe zu stärken. Dauerhaft stabile Familienstrukturen können nur auf einer stabilen Partnerschaft beruhen. Die Ehe ist die stabilste Form dieser Partnerschaft.

Die Union respektiert es, wenn Homosexuelle im Rahmen eingetragener Lebenspartnerschaften dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Auch in solchen Beziehungen können Werte und Fürsorge gelebt werden. Die Gleichstellung mit der Ehe zwischen Mann und Frau als Kern der Familie unterstützt die Union allerdings nicht. Gleiches gilt auch für das Adoptionsrecht für Homosexuelle.

Grundsatztreue

Bei aller Veränderungsnotwendigkeit gilt es, Stabilität und Sicherheit für die Menschen zu bewahren. Konservativ sein heißt, Neuem aufgeschlossen gegenüber zu stehen, Bewährtes zu erhalten, Notwendiges zu erkennen und sich damit an die Spitze des Fortschritts zu setzen. Zeitgeist überlebt sich selbst. Tradierte Werte haben gerade in Zeiten von Veränderung Bestand, auch wenn sie bisweilen in besonderem Maße verteidigt werden müssen. Und dies wird vor allem von den Unionsparteien erwartet. Grundsatztreue ist alleine bei der Union zu Hause. Der besondere Schutz von Ehe und Familie muss weiter das Leitbild der Union sein.

Dr. Nadine Pallas ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union und arbeitet als Rechtsanwältin in München.

Transformation der Arbeitswelt und neue Wohlfahrtspolitik

Jeder Beitrag über Entwicklungsperspektiven der Arbeit muss sich zunächst mit der aktuellen Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt befassen, bevor über Modernisierungsoptionen gesprochen werden kann. Die strukturelle Krise des deutschen Beschäftigungssystems besteht seit einigen Jahren in einer stabilen Koinzidenz hoher Arbeitslosigkeit mit einer im internationalen Vergleich nur mittleren Beschäftigungsquote (d.h. der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 15–65 Jahre). Dieser unterscheidet sich auch nach sozialen Gruppen deutlich von denen in anderen Ländern. Man braucht keine gewagten und politisch umstrittenen Vergleiche mit dem amerikanischen Arbeitsmarkt vorzunehmen, sondern der Verweis auf vergleichbare europäische Länder mit einem ähnlichen sozialen Sicherungsniveau reicht aus, um die Richtung für einen erfolgreichen Beschäftigungsaufbau anzuzeigen. Besonders negativ ragt in Deutschland außerdem das hohe Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit (vor allem bei gering qualifizierten und älteren Arbeitskräften) heraus. Aufgrund dieser markanten Arbeitsmarktprobleme wird Deutschland in aktuellen Benchmarkingstudien sogar im letzten Viertel eingeordnet.

Auch im Jahr 2006 ist die Wende auf dem Arbeitsmarkt bislang nicht gelungen, eher ist von Stellenabbau die Rede – gerade auch bei den bekannten Großunternehmen. Gewachsen ist demgegenüber in den letzten fünf Jahren die Zahl der Teilzeitkräfte (um rund 13 Prozent) sowie der „geringfügig Beschäftigten“ (um rund 30 Prozent), während die „Vollzeitbeschäftigten“ um rund 10 Prozent im gleichen Zeitraum zurückgingen. Versucht man diese betrieblichen Beschäftigungsstrategien auf ihren Kern hin zu prüfen, dann zeigt sich dahinter die Auflösung der traditionellen deutschen Unternehmensstrukturen (und des Modells des kooperativen „rheinischen“ Kapitalismus) und insgesamt ein sozioökonomischer Pfadwechsel, der allerdings nicht in einem neuen Ordnungs-

modell zu münden scheint, sondern sich durch Heterogenität und die Rekombination verschiedener Entwicklungspfade auszeichnet. Für diese neue Etappe der Globalisierung ist das Ende nationaler Kapitalismen prägend und damit auch das Ende des traditionellen „Modell Deutschland“ eingeläutet, wenngleich die Wandlungsprozesse mit unterschiedlichem Tempo in den einzelnen Regionen und Branchen verlaufen. Umbrüche sind in Deutschland zudem bedächtiger, da genügend Beharrungsvermögen vorhanden ist.

Mit dem Verschwinden der traditionellen „Deutschland AG“ und der „Verflüssigung“ der Unternehmensstrukturen geht aber auch ein soziales Ordnungsmodell zu Ende, das die deutsche Gesellschaft und nicht nur die Unternehmen bis in die Poren hinein geprägt hat. Hinzu kommen ein Formwandel und insbesondere eine Flexibilisierung von Arbeit. So ist die Zahl der „geringfügig Beschäftigten“ zwischen 2000 und 2005 um über 25 Prozent gewachsen. Im Jahr 2005 arbeiteten rund 7 Mio. gewerblich Beschäftigte versicherungsfrei in einem „Minijob“ (auf 400-Euro-Basis). Ursprüngliches Ziel war es, dass die Minijobs ein Zwischenschritt auf dem Weg in die Dauerbeschäftigung sein sollten. Herausgekommen ist aber eher eine dauerhafte geringfügige Beschäftigung denn eine Beschäftigungsbrücke. Nach den bislang vorliegenden Untersuchungen gelingt es nur in ganz seltenen Fällen, über einen Minijob eine reale Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. In einzelnen Branchen (etwa im Einzelhandel oder bei Gaststätten) werden durch Minijobs sogar teilweise ehemals reguläre Stellen verdrängt und immer mehr zum „Normalmodell“.

Diese Auflösungserscheinungen des „Normalarbeitsverhältnisses“ und die ungelösten Beschäftigungsprobleme liegen seit Jahrzehnten wie Mehltau über der Gesellschaft und verursachen sowohl soziale Marginalisierungs- und Abstiegsprozesse als auch Finanzierungsprobleme bei den sozialen Sicherungssystemen. Im letzten Jahrzehnt sind in Deutschland über zwei Millionen Industriearbeitsplätze verloren gegangen, ohne dass nur annähernd in diesem Maße – wie in anderen vergleichbaren Ländern – Beschäftigung aufgebaut wurde. Hinzu kommt, dass die Beschäftigungskrise nicht mehr wie in den 70er und 80er Jahren nur be-

stimmte Segmente des Arbeitsmarktes erreicht (selektive Betroffenheit), sondern weite Teile der erwerbstätigen Bevölkerung haben durch die Produktionsverlagerungen der Großunternehmen und die sich ausdehnenden Prekarisierungsprozesse inzwischen Angst um ihren Arbeitsplatz und fühlen sich in ihrer sozialen Identität bedroht. Viele haben in den letzten Jahren schon massive Einbußen bei Löhnen und anderen Leistungen hingenommen in der Hoffnung auf Sicherung der Beschäftigung in Deutschland und stehen nun verbittert vor der Frage, was sie überhaupt noch tun können, wenn trotz dieser finanziellen Opfer und der tatsächlichen Sanierung mancher Unternehmen Teile der Produktion doch ins Ausland verlagert werden.

In anderen Ländern hat sich gerade aufgrund der Öffnung des (legalen) Arbeitsmarktes der schon seit vielen Jahrzehnten immer wieder prognostizierte Trend zur Beschäftigung im Dienstleistungsbereich niedergeschlagen und für einen markanten Abbau der Arbeitslosigkeit gesorgt. Neue Arbeitsplätze entstanden auch in Deutschland in den letzten Jahrzehnten primär im Dienstleistungssektor und gerade hier breiten sich veränderte und vom „Normalarbeitsverhältnis“ abweichende Unternehmensstrukturen und Arbeitsorganisationen aus. Trotz aller Beschäftigungskrisen gibt es aber durchaus Branchen, die in den letzten Jahren expandierten (etwa der Kommunikations- und Beratungssektor, die Gesundheitswirtschaft oder auch die Energietechnik) – auch wenn die Wachstumsdynamik insgesamt geringer ist.

Dass auch ein hoch entwickelter Wohlfahrtsstaat aktiv die Herausforderungen meistern kann, zeigen (sicherlich in einem kleineren Maßstab) die skandinavischen Länder. Dort wird stark in Bildung und Wissenschaft und generell in innovative Zukunftsmärkte investiert und daraus hat sich in Kombination mit innovativen Unternehmen ein Positivkreislauf ergeben. Ein zentraler Ansatzpunkt ist auf den Ausbau von Kreativität und die Ausbreitung einer „Kultur der Selbstständigkeit“ gerichtet und darüber werden die Finanzmittel erwirtschaftet, um sowohl den Wohlfahrtsstaat weiter zu finanzieren als auch unter nachhaltigen sozialen Bedingungen Innovationen zu fördern. Gefragt ist also gerade auch in Deutschland mehr Kreativität, um den Wirtschafts- und Sozialstandort

konstruktiv weiter zu entwickeln. Es gibt ja auch Erfolgsmeldungen, wenn die Einzelunternehmen ins Visier genommen werden. Zum gleichen Zeitpunkt wie die Nachrichten über die Beschäftigungskrise und massive subjektive Verunsicherungen kursieren, gibt es positive Meldungen aus einzelnen Unternehmen. Sie sind insgesamt wettbewerbsfähiger geworden und können sich durchaus mit vergleichbaren anderen internationalen Unternehmen messen. Dies ist auch der Grund der Exporterfolge des Standortes Deutschland, die viele wiederum zu einseitig als Beweis dafür nehmen, dass es dem Standort insgesamt gut gehe und nur die Gewinne umverteilt werden müssen. Das Bild ist komplexer und sicherlich sind die Sanierungen und Restrukturierungen der erfolgreichen deutschen Unternehmen auch deshalb gelungen, weil sich die Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene flexibel und anpassungsbereit verhalten und damit die neue Unternehmensstärke mit aufgebaut haben.

Festzuhalten bleibt: Der Wirtschaftsstandort Deutschland zeichnet sich durch eine Koexistenz von erfolgreicher betrieblicher Umstrukturierung, die den Ansprüchen des neuen, flexiblen Kapitalismus gerecht werden und faktischer Stagnation auf dem Arbeitsmarkt aus. Vom Aufschwung profitieren bei den Erwerbstätigen direkt – außer den Eigentümern und den Finanzmärkten – allerdings bislang wenige, da sich in vielen Fällen die gute Rentabilität und Wettbewerbsstärke nicht in mehr Beschäftigungswachstum hierzulande niederschlägt („jobless growth“). Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin, dass sich ein Beschäftigungsaufbau gerade auch im internationalen Maßstab vorwiegend im Dienstleistungssektor manifestiert - und hier hinkt Deutschland seit Jahren hinterher.

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen können jedoch die sozialen Absicherungen nur dann aufrechterhalten werden, wenn die Beschäftigungskrise und die Stagnationsprozesse auf dem Arbeitsmarkt schrittweise gelöst werden. Dies kann allerdings nicht allein über den Weg einer besseren Vermittlung der Arbeitslosen und anderer Schritte zur Effizienzsteigerung der Arbeitsmarktpolitik im Sinne der „Hartz-Konzeption“ gelingen, sondern muss zentral sowohl auf den Aufbau von Beschäftigung als auch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme gerichtet sein. Ohne die Eröffnung neuer Beschäftigungsfelder ist weder der

traditionelle noch ein modernisierter Sozialstaat überlebensfähig. Und deshalb ist es meines Erachtens richtig, den Zugang zum Arbeitsmarkt (und zwar zum „ersten“) als zentralen Indikator für soziale Gerechtigkeit zu bewerten. Dafür muss jedoch die Architektur unseres Sozialstaates erneuert werden, denn diese ist beschäftigungsfeindlich, indem sie den Faktor Erwerbsarbeit mit ständig steigenden Beiträgen und Abgaben überfordert. Dieser Weg ist auch in anderen vergleichbaren westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten eingeschlagen worden und zeigt Erfolge. Dort hat man beispielsweise den Faktor Arbeit entlastet, niedrige Erwerbseinkommen bezuschusst und schon vor einiger Zeit die Arbeitsverwaltung modernisiert und aktiviert sowie eine andere Steuerpolitik betrieben. Einen Konsens gibt es darin, dass eine Politik zur „Sicherung der sozialen Sicherung“ vom Prinzip der Statuskonservierung umorientiert werden muss in Richtung auf einen sozialinvestiven Wohlfahrtsstaat und eine bessere Nutzung der Innovationspotentiale. Allgemeines Ziel einer Politik zum Umbau des traditionellen deutschen Sozialstaatsmodells sollte es sein, sowohl die Wirtschaft zu dynamisieren als auch soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Nun zu einigen Modernisierungsoptionen für Deutschland: Wie bereits betont, gibt es auch in Deutschland Branchen, die in den letzten Jahren expandierten, aber nicht so im Fokus der medialen Berichterstattung stehen. Hierzu zählen neben der Gesundheitswirtschaft und dem IT-Sektor etwa die Logistik, aber auch die Energietechnik oder die Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft. Hier zeigt sich auch exemplarisch, dass die oft noch anzutreffende Trennung in Dienstleistungs- und Industriesektoren in vielen Feldern hinfällig bzw. der Unterschied zwischen dem Produktions- und Dienstleistungsbereich zunehmend fließender wird. Parallel zur Ausbreitung von Dienstleistungstätigkeiten werden sich auch nicht-lineare Erwerbsverläufe ausdehnen; viele der so Beschäftigten verfügen schon heute über komplexe Kompetenzprofile und werden sich vor dem Hintergrund des rapiden technologischen Wandels und der Globalisierungsprozesse in dynamischen Branchen (etwa dem Medien- und IT-Sektor) bewähren. In anderen europäischen Ländern ist ohnehin eine größere Flexibilität im Erwerbsverlauf zu beobachten; so ist beispielsweise die Zeitarbeit in den Niederlanden viel stärker anzutreffen

und gehört schon fast zum Normalrepertoire der Beschäftigungsformen. Dies gilt vor allem für den Einstieg in den Beruf – gerade für hoch qualifizierte Erwerbstätige.

Gefragt sind also neue, intelligente Modelle der Wertschöpfung, die auf strategischen Ressourcen aufsetzen und darüber eine Wachstums- und Beschäftigungsdynamik entfalten können. Und wenn es auch bislang nur bescheidene und zögernde Versuche gibt, so gibt es doch einige „sozialverträgliche“ Wachstumsfelder, die für neue Beschäftigung und damit auch wenigstens potentiell für eine schrittweise Überwindung der sozialen Desintegrationstendenzen sorgen können. Allerdings kommen diese nur dann zur Entfaltung, wenn relativ rasch die sich weit geöffnete Schere zwischen den Innovationsbedarfen und der abnehmenden Fähigkeit für grundlegende Neustrukturierungen wenigstens schrittweise geschlossen wird. Der Rückgriff auf alte Erfolgsrezepte wird dabei nicht mehr weiterhelfen. Es gibt inzwischen auch einen Konsens, dass nur die Standorte im globalisierten Wettbewerb überleben werden, die anspruchsvolle Produkte und Dienstleistungen in Zukunftsfeldern anbieten und vor allem eine „Kultur der Selbstständigkeit“ etabliert haben. Empirische Studien bestätigen zudem die Bedeutung regionaler Innovationssysteme.

Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Strategien müssen sich deshalb notwendigerweise mit räumlichen Gegebenheiten, kulturellen Milieus, der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur und anderen Voraussetzungen auseinandersetzen. In den letzten Jahren haben sich auf regionaler Ebene auch verschiedene neue innovative Kooperationsformen etablieren können. Regionale Netzwerke sind jedoch nur dann handlungsfähig, wenn die strukturpolitischen Rahmenbedingungen gegeben sind, die korporativen Akteure aktiv mitarbeiten und es zu einem effizienten Projektmanagement kommt. Innovationsnetzwerke können jedoch weder politisch von oben verordnet werden, noch reichen finanzielle Anreize zur Initiierung einer entsprechenden Zusammenarbeit aus. Aber auch von sich heraus kann sich das endogene Potenzial einer Region zumeist nicht entfalten; externe Hilfestellungen sind oft notwendig, um Innovationen voranzubringen. So ist einerseits die Politik gefordert, die Initiierung und Organisation eines Dialogs über regionale Zukunftsentwicklungen zu

übernehmen, andererseits sind aber auch „Führungspersönlichkeiten“ in der Region eminent wichtig. Anhand von verschiedenen „Best-Practice-Beispielen“ erfolgreicher Regionalentwicklung kann studiert werden, wie wichtig die enge Kooperation zwischen Wirtschaft auf der einen Seite und Bildung und Wissenschaft andererseits ist.

Prof. Dr. Rolf G. Heinze hat den Lehrstuhl für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Ruhr-Universität Bochum inne.

Literatur:

- Heinze, R.G., 2006: Wandel wider Willen. Deutschland auf der Suche nach einer neuen Prosperität, Wiesbaden (VS-Verlag), September 2006

Die Zukunft der Arbeitswelt – Erwartungen einer ungeduldigen Generation

Das Ende der planbaren Karrieren

„Die Zeit der Kaminkarrieren ist vorbei“, konstatierte die Soziologin Monika Kern-Brandt unlängst. Bis in die neunziger Jahre ist eine Laufbahn bei entsprechender fachlicher Qualifikation weitgehend planbar gewesen. Angesichts regelmäßiger Beförderungen und fest umrissener Aufgaben war die berufliche Entwicklung relativ starr vorgegeben. Das ist heute beileibe nicht mehr so. Unternehmen wollen Mitarbeiter, die formbar und anpassungsfähig sind. Dienst nach Vorschrift und Fachkompetenz allein reichen heute und in der Zukunft nicht mehr. Im Gegenteil: Arbeitgeber erwarten, dass ihre Angestellten Initiative zeigen, sich weiterbilden und auch mal ein Projekt an sich reißen. Doch nicht nur die Erwartungen der Unternehmen, sondern auch die Arbeitsabläufe selbst haben sich verändert: Es gibt immer häufiger Unternehmen mit flachen Hierarchien, Projektgruppen und querfunktionalen Arbeitsteilungen. Die starren Grenzen zwischen einzelnen Berufen beginnen sich aufzulösen.

Um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, werden von jungen Menschen künftig andere Kernkompetenzen gefragt sein als im Industriezeitalter. Während früher vor allem Fachwissen die Grundlage für Aufstiegschancen war, verlangen Unternehmen nun ein höheres Maß an sozialer und kultureller Kompetenz, Kommunikationsfähigkeit und interdisziplinärem Denken. Mit den Anforderungen steigen jedoch auch die Chancen. Eine lebenslange Laufbahn wird in Zukunft nicht mehr vorab planbar sein. In Zukunft wird man sich an verschiedenen Punkten der Karriere gezielt umorientieren und Kernkompetenzen ausbauen müssen, um langfristig erfolgreich zu sein. Das gilt besonders für Mitarbeiter großer Konzerne. In diesen Unternehmen schreitet die Veränderung der Arbeitsformen besonders schnell voran. So hat die Globalisierung

bei Großkonzernen wie DaimlerChrysler, Siemens oder der Deutschen Bank bereits Stimme und Gesicht bekommen. Staatenlose Großgebilde sind entstanden, oder wie der Sozialwissenschaftler Anthony Giddens schrieb „neue, kosmopolitische Gesellschaften, die uns zwingen, alte Vorstellungen zu überdenken.“

Auch die Universitäten werden umdenken müssen

Die zuvor skizzierten Entwicklungen dürfen Studenten und Universitäten nicht ignorieren. An den Hochschulen muss daher umgedacht werden. Schon während des Studiums müssen Kommunikationstraining, Auslandsaufenthalte und vernetztes Denken kompetent vermittelt werden. Die Universitäten müssen sich Gedanken machen, wie sie die geforderten Kompetenzen jenseits des Fachwissens besser vermitteln können. Das in Deutschland bislang Erreichte ist gut, aber nicht gut genug. Die Umbrüche in der Arbeitswelt, deren Ende noch lange nicht absehbar ist, gehen gerade an den Universitäten nicht vorbei – ebenso wie von Unternehmen und Berufstätigen wird auch von ihnen ein höheres Maß an Flexibilität erwartet.

Raus bist Du noch lange nicht – sag mir erst wie alt Du bist ...

Ein Viertel der derzeit über vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland ist 50 Jahre oder älter. Nur noch etwa 38 Prozent der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland gehen einer geregelten Erwerbsarbeit nach, schrieb die Bertelsmann-Stiftung im Herbst 2004. Im OECD-Vergleich ist die Zahl der Arbeitslosen im Alter zwischen 55 und 64 in Deutschland heute mit Abstand am höchsten, in Ländern wie der Schweiz gibt es praktisch keine Diskriminierung älterer Mitarbeiter. Ein Grund für diese Entwicklung ist die über lange Jahre aktiv betriebene Frühverrentungspolitik. Ursprünglich war die Idee von Politikern und Tarifpartnern durch Frühverrentung den Arbeitsmarkt zu entlasten. Heute ist abzusehen, dass in vielen kinderarmen Gesellschaften Westeuropas nicht genügend qualifizierte Arbeitnehmer nachkommen. Unternehmen, die dieses Dilemma erkennen und entsprechend darauf reagieren, werden besser für die Zukunft gewappnet sein als andere.

Ein „Vorbild“ für das Umdenken der Wirtschaft könnte die Supermarktkette Netto sein. Diese betreibt zwei ihrer deutschen Filialen als „Oldie-Märkte“. Dort werden ausschließlich über 45-Jährige angestellt. Die Idee der „Oldie-Märkte“ entwickelte Netto im Heimatland Dänemark. In Dänemark, wo nur jeder Zwanzigste keine Arbeit hat, fand das Unternehmen kaum Mitarbeiter. Mit Hilfe einer Arbeitsvermittlung untersuchte man das Marktpotenzial und wurde auf die Gruppe der 45- bis 60-Jährigen aufmerksam. Ob diese Erkenntnis künftig auch vielen deutschen Unternehmen die Augen öffnen wird, bleibt abzuwarten. Allerdings steht fest, dass diese auf die Erfahrung der Älteren definitiv nicht werden verzichten können.

Ende des Jugendwahns spätestens 2020

Laut des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung wird der derzeit in Personalabteilungen grassierende Jugendwahn spätestens 2020 beendet sein. Dann nämlich werden die geburtenstarken Jahrgänge, die vor 1972 geboren sind, in Rente gehen und spätestens dann braucht der Arbeitsmarkt ältere Mitarbeiter. Um in diesem Bereich die sich abzeichnende Herausforderung meistern zu können, braucht man eine Strategie. Schon im Jahre 2015 wird jede dritte Erwerbsperson 50 Jahre oder älter sein. Allerdings ist diese Altersgruppe in deutschen Unternehmen kaum noch vertreten. Erste Ansätze dies zu ändern, gibt es bereits: Der Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes empfiehlt seinen Mitgliedern, ältere Mitarbeiter im Verkauf einzusetzen. Deren erfahrenes Auftreten sei bei den auch immer älter werdenden Kunden beliebt.

Allerdings ist zu erwarten, dass die demographische Entwicklung für Weltkonzerne andere Folgen haben wird als für Mittelständler, wie etwa IT-Firmen. Kleinere Unternehmen werden es wahrscheinlich bedeutend schwerer haben, Hochschulabsolventen zu rekrutieren als Großunternehmen. Das könnte zu einem Dilemma führen: obwohl eine Firma von der Erfahrung älterer profitiert und lebt, hängt sie ganz entscheidend von der Risikofreude, der Innovationskraft und dem neuen Wissen frisch ausgebildeter Mitarbeiter ab. Daher wird es künftig darauf ankommen,

eine gute Balance zwischen gut ausgebildeten jungen Mitarbeitern und erfahrenen älteren Mitarbeitern zu finden.

Vergütung nach Leistung, nicht nach Alter

Gerade wegen der hohen Lohnansprüche im Alter sind die Perspektiven auf eine Neueinstellung oder Weiterbeschäftigung meist sehr schlecht. Junge Mitarbeiter kosten weniger, und in einer arbeitsteiligen Wirtschaft, die zum Teil unter enormem Kostendruck operiert, können die Arbeitskosten der entscheidende Wettbewerbsfaktor sein. Aber was für Firmen vorteilhaft ist, gerät für die Gesellschaft zum Problem. Wer eine Familie gründet, braucht zum einen mehr Geld als noch in der Ausbildung und noch dazu mehr Zeit. Bei den Älteren ist dies genau umgekehrt: der Verdienst steigt mit dem Alter, aber irgendwann werden sie auf die Straße gesetzt.

Wir müssen uns darüber hinaus noch ein ganz andere Frage stellen: Was soll ein 55-Jähriger mit seiner Lebenserwartung von 85 Jahren in den ihm durchschnittlich verbleibenden 30 Lebensjahren machen? Vielen der über 50-Jährigen ist es wichtig, überhaupt einen Job zu haben. Deshalb akzeptieren sie auch eine Bezahlung, bei der sie keinerlei Vorsprung gegenüber jüngeren Kollegen haben. Müssen sie auch nicht unbedingt: in vielen Branchen (v.a. im Vertrieb) sind geringe Festbezüge und variable Erfolgsvergütung Normalität. Durch die größere Erfahrung der älteren Mitarbeiter werden diese in die Lage versetzt, mit den jungen in einen produktiven Wettbewerb zu treten. Am Ende bekommen die besten die Zulagen, nicht die Ältesten.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein Dauerthema auch in Zukunft

Was haben Kinderkrippen und berufstätige junge Mütter gemeinsam? Antwort: Beide sind rar in Deutschland. Das Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat ermittelt, dass nur rund 26 Prozent der Frauen mit Kindern unter drei Jahren in Deutschland arbeiten gehen. In Frankreich sind es mehr als die Hälfte. Familienpolitik

allein hat das Problem in der Vergangenheit nicht lösen können. Die meisten Gleichstellungsprogramme und Quotierungspläne haben meist wenig genützt. Nicht einmal zehn Prozent der Führungspositionen in deutschen Unternehmen sind weiblich besetzt. Frauen erhalten zudem seltener einen Professorentitel und machen sich nachweislich seltener selbstständig.

Es ist offensichtlich, dass es heute extrem schwierig ist, Karriere und Kinder unter einen Hut zu bringen. Davon sind vor allem Akademikerinnen betroffen und das drückt sich auch in Zahlen aus: 40 Prozent aller Frauen mit Hochschulabschluss haben keine Familie gegründet. Und diejenigen, die es an die Spitze eines Unternehmens geschafft haben, haben meist keine Kinder bekommen. Allein im Bankensektor haben 77 Prozent der weiblichen Führungskräfte keine Kinder, belegt eine Studie der privaten Universität ESCP-EAP.

Gesellschaftliches Umdenken erforderlich

Umdenken ist gefragt – und zwar auf ganzer Linie! Wir müssen künftig davon loskommen, Mütter, die mit ihren Kinder zu Hause bleiben als „Hausfrau“ und „Berufsmama“ zu verspotten. Denn die Alternativen sind für viele wenig attraktiv. Wer mit Kind arbeiten geht, steht vor einer großen Doppelbelastung. Viele Familien können sich Kosten von bis zu 1500 Euro pro Kind und Monat für die Ganztagsbetreuung nicht leisten. Wichtig ist deshalb, dass die Arbeitgeber einen preisgünstigen Krippenplatz für ihre kindererziehenden Mitarbeiter vermitteln oder zur Verfügung stellen. Problematisch ist derzeit vor allem die Anzahl der Krippenplätze. Laut Statistischem Bundesamt gibt es nur für drei Prozent aller deutschen Kinder überhaupt einen Krippenplatz. Diese Situation muss deutlich verbessert werden.

Telearbeit als Arbeitsform der Zukunft

Durch Telearbeit könnten viele Mütter bzw. Väter mehr Zeit in der Familie und bei ihren Kindern verbringen. In zahlreichen Branchen (z.B. Banken, Versicherungen) wäre dies ohne Probleme möglich. Allerdings

scheuen sich noch viele Unternehmen ihren Mitarbeitern entsprechende Möglichkeiten einzuräumen. Ob Frauen oder Männer zu Hause bleiben, um sich um die Nachkömmlinge zu kümmern, ist dabei sekundär. Viel wichtiger ist die Erkenntnis, welche volkswirtschaftlichen und individuellen Chancen hinter einer flexibleren Arbeitswelt stecken. Teure Ausbildungen werden nicht verschwendet und der Einzelne kann sich besser entfalten und gleichzeitig verschiedene „Lebensziele“ verwirklichen. In Zukunft werden vor allem die Unternehmen die besten Mitarbeiter rekrutieren können, die den Nutzen einer familienfreundlicheren Unternehmenspolitik erkennen. Mit Teilzeitangeboten ist es dabei nicht getan.

Dr. Marc Tenbücken ist sozial- und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Jungen Union Deutschlands. Er wurde an der Universität Konstanz im Fach Politikwissenschaft promoviert und arbeitet seitdem als Unternehmer in München.

Gerechter Welthandel als ethische und politische Herausforderung

Das komplexe und vielschichtige Phänomen der Globalisierung wird höchst unterschiedlich wahrgenommen und bewertet, gerade auch was die damit verbundene Verdichtung und Beschleunigung grenzüberschreitender Handelsbeziehungen angeht. Der Welthandel in seiner derzeitigen Form kann nämlich einerseits Impulse für mehr Wachstum und Wohlstand geben, weil dadurch neue Absatzmärkte und die Möglichkeit für eine effizientere Produktion geschaffen werden. Den Entwicklungsländern bietet die Einbindung in den Welthandel die Chance, ihre wirtschaftliche Entwicklung durch mehr Exporte, ausländische Direktinvestitionen und die Nutzung neuer Technologien aus dem Ausland voranzubringen. Andererseits ist eine stärkere Weltmarktintegration aber auch mit erheblichen Problemen und Risiken verbunden, und zwar nicht nur für schwächere Volkswirtschaften.

Die Ursachen dafür sind zum einen grundsätzlicher Art, weil offene Ökonomien stärker äußeren Einflüssen (Weltmarktpreise, Wechselkursänderungen) und bedingt durch den stärkeren internationalen Wettbewerb auch einem höheren Anpassungsdruck ausgesetzt sind. Sowohl empirische Studien als auch theoretische Überlegungen zeigen, dass die Handelsliberalisierung zwar ein Motor für breitenwirksames Wachstum sein kann, allein aber keine hinreichende Bedingung dafür darstellt. Eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung wird nämlich nicht einfach durch die Marktöffnung erreicht, sondern hängt auch von funktionsfähigen Institutionen und gezielten handelspolitischen Strategien ab.

Zum anderen gibt es eine Reihe von weitgehend ungelösten internationalen Ordnungsproblemen, die sich direkt oder indirekt auf den Welthandel beziehen. Dazu gehört, dass es in einigen Bereichen des Welthandels erhebliche Wettbewerbsverzerrungen gibt, da es nach wie vor Protektionismus oder Subventionen gibt, was in der Regel zu Lasten schwäche-

rer Länder geht. Auf diese Weise verringern die Industrieländer nicht nur die Exportchancen der Entwicklungs- und Transformationsländer, sondern ermöglichen es überdies ihren eigenen Unternehmen, eigentlich nicht mehr konkurrenzfähige Produkte in weniger entwickelte Länder zu exportieren. Dies beeinträchtigt nicht nur dort die wirtschaftliche Entwicklung, sondern führt auch bei uns zu massiven wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen. Ein besonders unrühmliches Beispiel dafür ist die Agrarpolitik der USA und der Europäischen Union. Ein weiteres strukturelles Problem ist, dass soziale und ökologische Belange im Welthandel bisher kaum berücksichtigt werden. Problematisch ist schließlich auch die wachsende Macht großer Transnationaler Unternehmen in einigen Bereichen (z.B. Software, Medien, Saatgut), was ebenfalls zu Wettbewerbsverzerrungen führt, da solche Unternehmen aufgrund ihrer Macht den Marktzugang für neue Konkurrenten einschränken können.

Die primäre Verantwortung, durch eine solide Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzung für eine erfolgreiche Beteiligung am Welthandel zu schaffen, liegt zunächst bei den einzelnen Ländern selbst. Die Bedeutung nationaler Politikgestaltung zeigt sich daran, dass sich die einzelnen Staaten unter gleichen Weltmarktbedingungen recht unterschiedlich entwickeln. Die vielfältigen globalen Verflechtungen und Abhängigkeiten haben freilich zur Folge, dass die Wirksamkeit nationaler Politikmaßnahmen heute auch eingeschränkt wird. Daher braucht es zusätzlich einen fairen Ordnungsrahmen für die weltweiten Handelsbeziehungen, um die Marktverzerrungen und Ordnungsdefizite im internationalen Bereich beseitigen zu können. Ebenso sind Institutionen notwendig, um die negativen Risiken der Weltmarktintegration wirksam begrenzen zu können. Nur dann werden die breite Bevölkerung und vor allem auch die wirtschaftlich Schwächeren sowohl in den reichen wie den ärmeren Ländern an den Wohlfahrtseffekten der internationalen Arbeitsteilung partizipieren können.

Hauptpfeiler der gegenwärtigen Welthandelsordnung ist die Welthandelsorganisation WTO, die Anfang 1995 aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT hervorgegangen ist. Mit der WTO wurde der multilaterale Ordnungsrahmen des Welthandels substanziell erweitert und vertieft und damit auch mehr globale Rechtssicherheit geschaffen. Un-

geachtet dieses unbestreitbaren Fortschritts gibt es allerdings weiter eine Reihe von strukturellen Defiziten, die zeigen, wie wichtig es ist, die WTO zu einem gerechten und umfassenden Ordnungsrahmen für den Welthandel weiterzuentwickeln. Die jüngeren Entwicklungen im Ringen um eine Weiterentwicklung der Welthandelsordnung machen deutlich, welche eminent politische und paradigmatische Bedeutung eine Einigung in diesem Bereich hat. Ein Scheitern der laufenden Doha-Runde, die aufgrund der derzeitigen Interessengegensätze droht, wäre nicht nur ein herber Rückschlag für die Bemühungen um eine multilaterale Ordnung des Welthandels, sondern hätte vermutlich negative Folgen für den gesamten Prozess der politischen Gestaltung der Globalisierung.

Da eine stabile und verlässliche Welthandelsordnung letztlich aber im Interesse aller Beteiligten ist, sollten alle Vertragsstaaten den Wert der Weiterentwicklung der WTO erkennen und in den laufenden Verhandlungen mehr Kooperationsbereitschaft zeigen. Dies gilt ganz besonders für die Industrieländer, aber auch für die einflussreichen Schwellenländer. Eine grundlegende Voraussetzung dafür ist nicht nur, sich die Bedeutung und die wirtschaftlichen Chancen einer stabilen Welthandelsordnung bewusst zu machen. Dazu braucht es auch einen ethischen Konsens über die tragenden Werte globaler Kooperationsbedingungen. Diesbezüglich lässt sich ein klarer Trend zu einer vorrangig pragmatischen Sichtweise feststellen, die den Eigeninteressen weit mehr Gewicht als in der Vergangenheit beimisst. Diese Verschiebung ist freilich von erheblicher ethischer Relevanz, da man sich zunächst fragen muss, ob die Ethik angesichts einer vorherrschenden ökonomischen Sachlogik überhaupt noch eine Rolle spielt. Hinzu kommt, dass häufig nicht zwischen normativer Begründung und pragmatischen Motiven unterschieden wird, was weit reichende Folgen hat. Wenn Ethik mit „wohlverstandenen Eigeninteressen“ gleichgesetzt wird, besteht nämlich die Gefahr, dass dies zum Ausschluss derjenigen führt, die kein Sanktionspotential aufbauen können, und dies sind in der Regel vor allem die Armen. In der Logik der Eigeninteressen besteht nämlich nur dann ein Anreiz, sich ethisch zu verhalten, wenn Sanktionen zu befürchten sind. Daher bleibt eine normativ-ethische Begründung für eine gerechte Welthandelsordnung unverzichtbar, was hier nur ansatzweise geschehen kann.

Ein möglicher Ansatz geht vom Weltgemeinwohl aus. Grundlage dafür ist die wechselseitige Rückgebundenheit der menschlichen Gesellschaft. Daraus kann die Einsicht erwachsen, dass eine langfristige Sicherung der eigenen Interessen letztlich vor allem auf solidarischem Handeln beruht. Diesen Weg verfolgt der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen vorgelegte Ansatz der „Global Public Goods“, der das wirtschaftstheoretische Konzept der öffentlichen Güter auf die Ebene internationaler Zusammenarbeit überträgt. Solche globalen öffentlichen Güter sind etwa eine gesunde Umwelt, universale Werte, Frieden und Sicherheit, Gesundheit, eine Welt ohne Armut oder ein stabiler Welt-handel.

Solche Güter in ausreichendem Maß bereitzustellen und – was ebenso wichtig ist – langfristig sicherzustellen, liegt auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der reichen Länder. Verteilungskämpfe lösen nämlich nicht nur in der Dritten Welt und in Transformationsländern gewaltsame Konflikte aus, sondern wirken in Form von Migration, internationaler Kriminalität (etwa Drogenhandel) oder dem Erstarken fundamentalistischer Gruppen auch auf die reichen Länder zurück. Eine auf das Weltgemeinwohl ausgerichtete Ordnung des Welthandels wäre daher eine präventive Migrations- oder Sicherheitspolitik.

Kosten und Nutzen der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter sind allerdings oft sehr ungleich verteilt. Einzelne Staaten und Bevölkerungsgruppen profitieren nämlich unverhältnismäßig zu Lasten anderer. So bevorteilt die gegenwärtige Welthandelsordnung in vieler Hinsicht die Industrieländer, die in entwicklungsrelevanten Fragen wie dem Abbau von Exportsubventionen im Agrarbereich kaum Zugeständnisse machen. Die Bedürfnisse der wirtschaftlich schwächsten Länder werden dagegen entgegen aller Lippenbekenntnisse faktisch nur unzureichend berücksichtigt. Dies zeigt einmal mehr, dass eine ausschließliche Orientierung an Eigeninteressen nicht ausreicht, zumal wenn diese sich in kurzfristigen Partikularinteressen ohne Rücksicht auf die legitimen Bedürfnisse anderer erschöpfen. Auch wenn das wohlverstandene Eigeninteresse also durchaus als Argument im Sinne einer zusätzlichen Motivation verstanden werden kann, so kann es doch eine ethisch begründete Reform der

WTO nicht ersetzen. Solidarität erschöpft sich nämlich keineswegs in der wechselseitigen Rückgebundenheit der Menschen, sondern schließt eine Verantwortung für Bedürftige unabhängig von den eigenen Interessen ein. Dies folgt schon aus der Menschenwürde, die allen Menschen unterschiedslos und in gleicher Weise zukommt und auch zentrales Merkmal des christlichen Menschenbildes ist. In ihr gründen die Menschenrechte, was nicht nur die bürgerlichen und politischen Rechte, sondern auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte einschließt. In der Logik dieses Ansatzes liegt eine vorrangige Option für alle, die von diesen Rechten ausgeschlossen sind. Aus dieser Perspektive ist der Welthandel kein Selbstzweck, sondern vor allem danach zu beurteilen, ob und in welcher Form er dazu beiträgt, die Menschenrechte in ihren verschiedenen Dimensionen zu gewährleisten und Armut und Unterentwicklung abzubauen.

Solidarität ist auch die Grundlage für Gerechtigkeit und zwar in dem Sinn, dass die Menschen sich weltweit als eine Solidargemeinschaft verstehen und miteinander gerechte Strukturen schaffen wollen, die alle Menschen einbeziehen. Dies erfordert zunächst einmal einen Ordnungsrahmen für den Welthandel, der den Maßstäben der Tausch- und Verfahrensgerechtigkeit entsprechen muss. Darüber hinaus geht es darum, durch politische Beteiligungsrechte, Rechtssicherheit, Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialen Sicherungssystemen in den einzelnen Ländern überhaupt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass breite Bevölkerungskreise sich an weltwirtschaftlichen Tauschprozessen beteiligen und von ihren Wohlfahrtseffekten profitieren können. Die multilaterale Ordnung des Welthandels darf die einzelnen Länder dabei nicht behindern, sondern sollte sie möglichst unterstützen. Kriterien dafür sind die Bedarfs-, die Chancen-, die Geschlechter- und die Generationengerechtigkeit.

Diese Maßstäbe bieten zunächst freilich nicht mehr als eine Grundorientierung. Sie bedürfen, um politisch relevant und wirksam zu werden, einer gründlichen Analyse der jeweiligen Probleme. Die Ergebnisse solcher Analysen sind freilich selten eindeutig, sondern es kann zu in der Sache begründeten und darum legitimen Meinungsunterschieden kommen,

gerade auch im Hinblick auf die Handlungsebene, denn aus ein und derselben Analyse lassen sich oft verschiedene politische Optionen ableiten. Daher braucht es auch eine Abwägung möglicher Handlungsoptionen, die stets daran zu messen sind, ob sie einen Prozess vorantreiben, in dem die Strukturen des Welthandels eine breitenwirksame Entwicklung mehr und besser fördern.

Dies soll exemplarisch an der Debatte um soziale Mindeststandards im Welthandel verdeutlicht werden, die im Zuge der Globalisierung seit einiger Zeit heftig geführt wird. Im Kern geht es darum, ein zentrales soziales Ordnungsproblem der Weltwirtschaft, das zwar auch Handelsfragen berührt, aber weit darüber hinausgeht, im Rahmen der WTO zu regeln, da die WTO eine der wenigen multilateralen Organisationen mit einigermaßen funktionierender Streitschlichtung ist. Die Befürworter für solche sozialen Mindeststandards im Welthandel verweisen auf die Gefahr des Sozialdumpings und der Wettbewerbsverzerrung, wenn Entwicklungs- und Transformationsländer sich durch niedrige Sozialstandards Standortvorteile sichern, die in den wohlhabenden Ländern zur Auslagerung von Produktion und damit von Arbeitsplätzen führen. Gegen solche Standards wehren sich die Entwicklungsländer mit aller Entschiedenheit, da sie dadurch ihre komparativen Wettbewerbsvorteile bedroht sehen und befürchten, dass die reichen Länder damit durch die Hintertür eine neue Form des Protektionismus einführen wollen. Eine solche Erweiterung der WTO-Agenda ist in der Tat nicht unproblematisch, da dadurch erfahrungsgemäß die Lösung der eigentlichen Handelsfragen erschwert wird. Außerdem ist es höchst fraglich, ob die angestrebten Ziele durch solche Standards wirklich verbessert werden können oder ob dies nicht sogar sozialpolitisch kontraproduktiv wäre.

Aus diesem Grund scheint es ratsamer, solche sozialen Standards nicht in der WTO zu definieren, sondern auf eine bessere Abstimmung der WTO mit anderen internationalen Organisationen und Vereinbarungen zu drängen, die für die internationale Sozial- und Menschenrechtspolitik zuständig sind. Dies gilt besonders für international anerkannte Standards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, an denen die WTO und ihre Mitglieder sich orientieren

sollten. Dazu gehören das Verbot von Zwangsarbeit, die Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit, die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, die Vereinigungsfreiheit der Beschäftigten sowie das Recht zu Kollektivverhandlungen. Dafür gibt es übrigens in der WTO bereits auch Ansatzpunkte (vor allem Art. XX des GATT), die in den Rechtsurteilen freilich stärker als bisher Beachtung finden müssten. Das Kontrollproblem ließe sich durch eine neutrale internationale Schiedsinstanz lösen, die z.B. gemeinsam von WTO und ILO getragen sein könnte.

Reformen in diesem und anderen Bereichen, die im Sinne einer stärkeren Entwicklungsorientierung der WTO geboten sind, verlangen einen tief greifenden strukturellen Wandel, der auf gewaltige Hindernisse und teils durchaus verständliche Widerstände stößt, und zwar sowohl in den Entwicklungs- und Schwellenländern als auch bei uns. Dies liegt daran, dass die notwendigen Strukturreformen nicht selten die eigenen sozialen Probleme verschärfen und auf erheblichen Widerstand mächtiger Interessengruppen stoßen, die häufig nur ihre Partikularinteressen vertreten. So gefährdet z.B. der Abbau von Handelsschranken und anderen Marktverzerrungen in Bereichen, in denen die ärmeren Länder über komparative Kostenvorteile verfügen, bei uns ganze industrielle Branchen oder die Existenz bäuerlicher Betriebe. Gegen die gebotene Reduzierung des Energieverbrauchs und Schadstoffausstoßes wird mit dem Hinweis auf drohende Wettbewerbsnachteile argumentiert. Die an diesen und ähnlichen Beispielen sichtbare Verflochtenheit von Innen- und Außenpolitik schafft also oft genug schwierige Zielkonflikte zwischen einer sozialgerechten Politik auf nationaler (europäischer) bzw. internationaler Ebene. Diese Konflikte lassen sich nur durch eine sozialverträgliche Abfederung des Strukturwandels lösen, die ebenfalls an den oben genannten Maßstäben der Gerechtigkeit zu messen sind. Mehr weltweite Solidarität verlangt also auch mehr innerstaatliche Solidarität, was die katholische Soziallehre bereits vor langem in dem Grundsatz zusammengefasst hat, dass Solidarität unteilbar ist.

Dr. Dr. habil. Johannes Wallacher, Dozent für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Philosophie, München, und Leiter des Forschungs- und Studienprojekts „Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur“ an dieser Hochschule.

Weiterführende Literatur zum Thema:

- Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für Weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Welthandel im Dienst der Armen, Bonn 2006.
- Müller, Johannes & Wallacher, Johannes: Entwicklungsgerechte Weltwirtschaft. Perspektiven für eine sozial- und umweltverträgliche Globalisierung, Stuttgart u.a. 2005.

Zukunft der Arbeit: Wie Europa Motor sein kann

Wer sich mit Leben und Arbeiten in Deutschland auseinandersetzt, erkennt schnell die Schlüsselrolle der Europäischen Union (EU) für die Entwicklung unseres Wirtschaftssystems. Dabei wirkt der europäische Staatenverbund nach innen, auf einen einheitlichen Wirtschaftsraum hin. Außerdem tritt Europa nach außen gemeinschaftlich auf, insbesondere im Rahmen der Welthandelsorganisation. Wer Verantwortung für die Zukunft von Arbeit und Familie übernehmen will, muss dafür sorgen, dass die europäische Idee wirkt – nach innen und nach außen.

I. Wirkung nach innen: Der europäische Binnenmarkt

Unser Wirtschaftsleben spielt sich in enger Verbindung mit ausländischen Volkswirtschaften ab. Wir haben das Glück, in einer Welt aufzuwachsen, in der Kulturen und Märkte unkompliziert und schnell in Austausch treten können. Je weniger Handelshemmnisse bestehen, umso leichter ist es für den Bürger, erfolgreich wirtschaften zu können. Die Antwort der Gründungsväter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 auf diese Erkenntnis war der Wunsch nach Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes. Nach Art. 14 Abs. 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) „umfasst [der Binnenmarkt] einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags gewährleistet ist.“ Der gemeinsame Markt mit seinem Potenzial sowie die Förderung des freien Wettbewerbs sind untrennbar mit der Erfolgsgeschichte des europäischen Projektes verbunden.

Was den freien Warenverkehr betrifft, so haben der europäische Gesetzgeber und die Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes für eine weitgehende Herstellung des Binnenmarktes gesorgt: durch die Abschaffung der Zölle und sonstigen Handelsbeschränkungen zwischen den eu-

ropäischen Mitgliedstaaten, die Etablierung des Konzeptes der gegenseitigen Anerkennung von Herstellungsstandards sowie durch eine Vielzahl von einzelnen Harmonisierungsmaßnahmen. Bei den anderen so genannten Grundfreiheiten (der Freiheit von Dienstleistungen, von Personen, von Kapital) ist der Stand der Verwirklichung eines echten Binnenmarktes noch nicht so weit fortgeschritten. Vermeintliche Eigeninteressen der einzelnen Mitgliedstaaten haben ebenso wie die Trägheit ihrer politischen Entscheidungsapparate hier einiges an Weiterentwicklung verhindert, vor allem im Bereich der indirekten Steuern. Die bisher größte Erweiterung des Staatenverbundes im Jahre 2004 hat zudem zur Folge, dass noch größere Unterschiede in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht die Fortentwicklung des größer gewordenen „gemeinsamen“ Marktes erschweren. Verantwortungsbewusst wäre es daher, von weiteren Erweiterungen zunächst abzusehen. Abgesehen hiervon lassen sich vor allem zwei aktuelle, drängende Herausforderungen ausmachen: die Eindämmung von Bürokratie sowie die Etablierung vernünftiger sozialer und ökologischer Standards.

Bürokratie stellt für das europäische Wirtschaftsleben in zwei Erscheinungsformen eine Gefahr dar: Erstens droht der Verwaltungsapparat der EU sich selbst stets zu vergrößern. Hiergegen empfiehlt es sich, mehr Transparenz in den Strukturen der EU zu etablieren und Richtlinien und Verordnungen nur zeitlich befristet zu erlassen. Auch sind die Aufgaben der Gemeinschaften stetig zu überprüfen und gegebenenfalls abzuschaffen, wie beispielsweise die Subventionsmechanismen der Gemeinsamen Agrarpolitik. Zweitens schaffen europäische Regelungen häufig, statt zu mehr Wettbewerb und flexibleren Märkten zu führen, neue wirtschaftliche Hindernisse. Zuständigkeitszuweisungen an die EG werden von einzelnen Teilen des Kommissions-Verwaltungsapparats so ausschweifend in Anspruch genommen, dass an die Stelle einer vernünftigen Harmonisierung eine Überregulierung herauskommt. Dies hat gerade im Arbeitsrecht verheerende Auswirkungen.

Bei der Fortentwicklung des Binnenmarktes stellt die Etablierung vernünftiger sozialer und ökologischer Standards für den gemeinsamen Wirtschaftsraum neben der Bekämpfung von Bürokratie eine zentrale Aufgabe

dar. Die Frage nach dem europäischen Sozialmodell spielt nicht nur in Deutschland und Frankreich eine zentrale Rolle. Dabei ist es selbstverständlich, dass die Politiker in Europa und den Mitgliedstaaten nicht ausschließlich positive wirtschaftliche Rahmendaten zum Ziel haben, sondern diese eine Voraussetzung für den Wohlstand der Menschen darstellen. Es ist also geboten, gemeinsame Standards auf Grundlage unserer gemeinsamen Werte in Europa zu erarbeiten und zu etablieren. Allerdings bedeutet „gemeinsamer Standard“ nicht etwa Harmonisierung auf höchstmöglichem Niveau, sondern Mindestabsicherung gegen die existenzgefährdenden Widrigkeiten des Lebens und Schutz der Umwelt in erforderlichem Maße. Es muss möglich sein, ein solches Minimum zwischen den Mitgliedstaaten inhaltlich zu beschreiben. Es wird im Sozialbereich weit unter dem liegen, was sich Deutschland oder Frankreich leisten.

II. Wirkung nach außen: Europa in der Welthandelsorganisation

Der europäische Binnenmarkt wiederum ist Teil der restlichen Weltwirtschaft und steht damit in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis zu ihr. Bananenstreit, Hormonstreit, Airbus und Boeing, Doha-Runde - die Welthandelsorganisation (WTO), der institutionelle Rahmen für die schrittweise Liberalisierung des Weltmarktes, ist zu einem festen Bestandteil der politischen Diskussion in Europa geworden. Die Außenwirtschaftspolitik ist in weiten Teilen Sache der EG und spielt sich im Rahmen der WTO ab. Bereits seit Gründung der Gemeinschaften bringt schon die Präambel des EG-Vertrags den Wunsch zum Ausdruck, dass sich die EG am weltweiten Abbau von Handelsbeschränkungen beteiligt.

Die Volkswirtschaften der Welt geraten immer wieder in Auseinandersetzungen darüber, was ihre internationalen Verpflichtungen im Rahmen der WTO sind und mit welchen internen Maßnahmen – insbesondere auf dem Gebiet der Marktregulierung und Subventionspolitik – die Vertragspartner gegen WTO-Recht verstoßen. Gerade die EG als bedeutende Handelsmacht gibt zuweilen Anlass zu Streitbeilegungsverfahren, z.B. wenn es darum geht, ob manche Bananen exportierende Staaten bevorzugt werden, weil zu ihnen besondere traditionelle Verbindungen bestehen. Allerdings bilden nur etwa 2 Prozent des Gesamtaufkommens des

Außenhandels der EG Gegenstand solcher Streitbeilegungsverfahren bei der WTO. Entscheidender sind die WTO-Verhandlungen mit dem Ziel der schrittweisen Liberalisierung weiterer Märkte und des Abbaus weltweit bestehender Handelshemmnisse.

Es sind vor allem Private und Unternehmen, die von der Außenwirtschaftspolitik unmittelbar betroffen sind, von Marktzugangsbeschränkungen und Strafzöllen auf der einen, der Eliminierung von Handelshindernissen auf der anderen Seite. Die Auswirkungen auf einheimische Unternehmen können unterschiedlich ausfallen. Ein Importeur etwa wird von der Abschaffung von Import- oder Antidumpingzöllen profitieren. Ein europäischer Produzent dagegen wird dafür sein, dass protektionistische Maßnahmen ihm die internationale Konkurrenz möglichst vom Leibe halten. Im Ergebnis profitieren jedoch von der Abschaffung von Handelshindernissen sowohl die Volkswirtschaften ärmerer als auch die reicherer Länder.

Für die Europäer gilt es, bei der Liberalisierung der Weltmärkte, also bei den Verhandlungen im Rahmen der WTO, den Wohlstand der Menschen in den Mitgliedstaaten im Blick zu behalten. Das darf nicht dazu führen, dass nicht konkurrenzfähige Wirtschaftszweige über Jahrzehnte hinweg durch staatliche Beihilfen künstlich am Leben gehalten werden. Letzteres kann nur ausnahmsweise der Fall sein: wenn und soweit das Bedürfnis nach Unabhängigkeit von anderen Volkswirtschaften es gebietet. Notwendig ist eine bewusste Außenwirtschaftspolitik, die zurückhaltend mit protektionistischen Maßnahmen umgeht und die Interessen der EU bestmöglich zur Entfaltung bringt. Insbesondere eine Aufgabe drängt: der Schutz des geistigen Eigentums. Die Produktion vieler Güter ist in Asien unter anderem deshalb günstig, weil sie weitgehend ohne Beachtung der in anderen Teilen der Welt erworbenen gewerblichen Schutzrechte erfolgen kann. Die Behörden in Europa, also insbesondere die Kommission und die nationalen Zollbehörden, bemühen sich zwar um eine Kontrolle der eingeführten Produkte. Dies erfolgt allerdings unzureichend, was schlecht für die Rechteinhaber ist. Andererseits bestehen sehr weitgehende Exekutivbefugnisse und Anmeldeanforderungen, was dem redlichen Importeur seine Arbeit erheblich erschwert. Notwendig ist es daher, dass

die EU-Mitgliedstaaten für die Anerkennung und den effektiven Schutz des geistigen Eigentums bereits am Produktionsort sorgen.

Selbstverständlich gilt es darüber hinaus, nichtwirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Außenwirtschaftspolitik der EU ausreichend zu berücksichtigen. Das Bedürfnis eines effektiven Gesundheitsschutzes kann (und muss) Einfuhrhindernisse und -verbote rechtfertigen. Es ist deshalb wichtig für die EU, sich mit ihren Partnern auch für den Welthandel über die Reichweite einiger grundlegender Konzepte zu verständigen, vor allem des Gesundheits- und Umweltschutzes.

III. Fazit

Die Tatsache, dass unsere Wirtschaft nicht allein auf der Welt ist, sollte uns nicht irritieren. In Europa existiert, verglichen mit anderen Teilen der Erde, ein nach wie vor einmaliger Wohlstand. Deutschland kann gemeinsam mit seinen europäischen Nachbarn und mit seinem Partner jenseits des Atlantiks, den Vereinigten Staaten von Amerika, die weitere Liberalisierung des Weltmarktes ermöglichen. Binnenmarkt im Innern und gemeinsame Wirtschaftspolitik nach außen machen die EU zu einem schlagkräftigen Wirtschaftsraum. Sie darf sich allerdings nicht durch Bürokratie und Regelungswut selbst behindern – darauf müssen das Europäische Parlament und die Kommission ebenso achten wie die Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten. Die EU, richtig kontrolliert, wird uns helfen, die Herausforderungen der Globalisierung besser zu bewältigen. Begreifen wir das Bedürfnis unserer Wirtschaft nach weltweiter Ausrichtung als Herausforderung und Bereicherung.

Sebastian Warken (25) aus Riegelsberg (Saarland) ist Jurist und Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union.

Was weltweit Trends setzt:

brillante Effekte.

Glänzende Auftritte sind heute gefragter denn je – egal ob im Büro, bei festlichem Anlass oder auf dem Laufsteg. Hochwertige Spezialeffektpigmente setzen edle Akzente und verleihen eine faszinierend schillernde Wirkung. Vom Nagellack über Lidschatten bis hin zum Körpergel. Wir sind weltweit führend bei der Herstellung von Effektpigmenten für die Anwendung in Kosmetikartikeln, aber auch bei Lacken – insbesondere im Automobilbereich – und Druckfarben, Kunststoffen sowie technischen Anwendungen. Damit sorgen wir täglich für brillante Ergebnisse – nicht nur bei trendbewussten Konsumenten, sondern auch in unserer Unternehmensentwicklung.

think on

ALTANA Chemie

Problemlösungen und Innovationen für
Lacke, Druckfarben, Kosmetik, Kunststoffe,
Verpackungen, Elektroisoliersysteme



ALTANA

www.altana.de
www.altanachemie.de